

Mitteilung des Senats

Sozialhaushalt Bremen

Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 26. Januar 2024

Die Fraktion der FDP hat folgende Kleine Anfrage an den Senat gerichtet:

„Die Haushaltsplanungen für die Jahre 2024 und 2025 stehen vor erheblichen Herausforderungen, insbesondere aufgrund der angespannten Situation auf der Ausgabenseite für das Land Bremen und die Stadtgemeinden. Im Fokus stehen nicht nur die Einnahmen, sondern vor allem die erheblichen Anstrengungen, die aufgrund der Ausgabenstruktur erforderlich sind.

Die bevorstehenden Haushaltsjahre erfordern bedeutende Anpassungen, um die finanzielle Stabilität zu gewährleisten. Die Bewältigung dieser Herausforderungen wird nicht nur eine sorgfältige Planung erfordern, sondern auch die Bereitschaft zu substantziellen Ausgabenreduzierungen, um die finanzielle Gesundheit des Landes und der Stadtgemeinden sicherzustellen.

Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei der Ausgabenkontrolle, der Identifikation von Effizienzsteigerungen und der strategischen Ressourcenallokation. Es ist von entscheidender Bedeutung, die Haushaltsmittel so zu verteilen, dass essenzielle Dienstleistungen aufrechterhalten und notwendige Investitionen getätigt werden können, während gleichzeitig auf eine nachhaltige finanzielle Zukunft geachtet wird. Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat,

- 1) Wie haben sich die Ausgaben im Produktplan 41 des Landes Bremen seit 2000 entwickelt (absolut, per Capita und relativ zum Jahr 2000 und zum Vorjahr)? Bitte für die einzelnen
 - a) Kapitel,
 - b) Produktbereiche und
 - c) Produktgruppendarstellen
- 2) Wie haben sich die Einnahmen im Produktplan 41 des Landes Bremen seit 2000 entwickelt (absolut, per Capita und relativ zum Jahr 2000 und zum Vorjahr)? Bitte für die einzelnen
 - a) Kapitel,
 - b) Produktbereiche und
 - c) Produktgruppendarstellen

- d) Wie hat sich die Bundesbeteiligung im Produktplan 41 in den letzten 20 Jahren entwickelt und welche Wirkungen hat dies auf den Haushalt des Landes? Bitte detailliert darstellen und unter Nennung der relevanten rechtlichen Grundlage.
 - e) Welche Auswirkung hat das Pauschalentlastungsgesetz auf den Landeshaushalt?
- 3) Analog zu den Fragen 1 und 2: Wie war die Entwicklung in diesen Bereichen in den Stadtgemeinden? Wie haben sich die Ausgaben im Produktplan 41 der Stadt Bremen seit 2000 entwickelt? Wie haben sich die Ausgaben im Ausschussbereich 5 in Bremerhaven seit 2000 entwickelt? Bitte auch einen Vergleich der beiden Stadtgemeinden in der Entwicklung darstellen.
- a) Wie hat sich die Bundes- und Landesbeteiligung (Finanzbeziehungen/Zuweisungen) in den kommunalen (Sozial-) Haushalten (Bremen und Bremerhaven) in den letzten 20 Jahren entwickelt und welche Wirkungen hat dies auf die Kommunalhaushalte Bremens und Bremerhavens? Bitte detailliert darstellen und unter Nennung der relevanten rechtlichen Grundlage.
 - b) Welche Auswirkung hat das Pauschalentlastungsgesetz auf den Haushalt der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven?
- 4) Welche Ausgaben im Produktplan 41 des Landes Bremens sind freiwillige Leistungen (Aufgaben), Pflichtleistungen (Aufgaben) und Auftragsangelegenheiten. Bitte einzelnen für die verschiedenen
- a) Kapitel,
 - b) Produktbereiche und
 - c) Produktgruppen
- und unter Nennung des Rechtsanspruchs darstellen.
- 5) Welche Ausgaben im Produktplan 41 der Stadtgemeinde Bremen sind freiwillige Leistungen (Aufgaben), Pflichtleistungen (Aufgaben) und Auftragsangelegenheiten. Bitte einzeln für die verschiedenen
- a) Kapitel,
 - b) Produktbereiche und
 - c) Produktgruppen
- und unter Nennung des Rechtsanspruchs darstellen.
- 6) Frage 5 Bitte analog für Bremerhaven für die entsprechenden Ausschussbereiche und Kapitel darstellen.
- 7) Welche Aufgaben sind seit dem Jahr 2000 im Verantwortungsbereich des Landes und der Kommunen hinzugekommen oder wurden übertragen? Bitte stellen Sie detailliert dar, welche Veränderungen sich in Bezug auf Pflichtaufgaben und Auftragsangelegenheiten im Produktplan 41 für das Land und die Stadt Bremen sowie im Ausschussbereich 5 für Bremerhaven ergeben haben.

- 8) Welche Ausgaben im Produktplan 41 / Ausschussbereich 5 fallen unter staatliche Leistungen gemäß dem Sozialgesetzbuch (SGB), die nicht vom Bund (oder gegebenenfalls vom Land) an das Land Bremen, die Stadt Bremen oder die Seestadt Bremerhaven erstattet werden? Wie hat sich dieser Ausgabenbereich seit dem Jahr 2000 entwickelt?
- 9) Wie schätzt der Senat den Spielraum für Konsolidierungsmaßnahmen im Rahmen des Produktplans 41 des Landes ein? In welchem Bereich sieht er Handlungsmöglichkeiten, welche konkreten Maßnahmen werden in Betracht gezogen, und in welchem Umfang plant der Senat, diese durchzuführen?
- 10) Wie schätzt der Senat den Spielraum für Konsolidierungsmaßnahmen im Rahmen des Produktplans 41 der Stadtgemeinde Bremen ein? In welchem Bereich sieht er Handlungsmöglichkeiten, welche konkreten Maßnahmen werden in Betracht gezogen, und in welchem Umfang plant der Senat, diese durchzuführen?
- 11) Wie schätzt der Senat den Spielraum für Konsolidierungsmaßnahmen im Rahmen des Ausschussbereichs 5 der Seestadt Bremerhaven ein? In welchem Bereich und Kapitel sieht der Senat, mit welchen Maßnahmen Handlungsmöglichkeiten?

Der Senat beantwortet die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkungen:

Wandel und Herausforderungen sind ständige, prägende Elemente für die Gesellschaft und die staatlichen Ebenen, sowohl in der Bundesrepublik Deutschland, als auch im Land Bremen mit seinen Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven. Gerade die Wirkung von Wandel und Herausforderungen auf Menschen mit ihren Bedarfen und Bedürfnissen steht besonders im Mittelpunkt staatlichen Handelns. Im Kontext des „Sozialhaushalts“ fußt dieses auf dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes. Ausgehend von den bekannten Ereignissen und Entwicklungen der letzten rund 20 Jahre ist grundsätzlich von steigenden Bedarfen und verschiedensten Handlungsnotwendigkeiten im sozialen Bereich im weitesten Sinne auszugehen. Diese waren bzw. sind oftmals dem Grund und/oder der Höhe nach nicht eindeutig definier- oder festlegbar, sondern unterliegen in ihrer Umsetzung und Gestaltung auf der jeweiligen staatlichen Handlungsebene vielerlei Einflussfaktoren.

Diese Vielschichtigkeit und der große Umfang prägten und prägen auch den „Sozialhaushalt“ im Land Bremen und in seinen Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven. Die vorliegende Anfrage enthält dazu eine ganze Reihe von Fragestellungen, die aufgrund der Art der Fragestellung und des Umfangs an Antwortmöglichkeiten nicht immer genau beantwortet werden können, da entweder die Daten nicht immer in der gefragten Form vorliegen oder im Rahmen der zeitlichen und personellen Möglichkeiten nicht erhoben werden können. Diese Problematik wurde im Vorfeld der Beantwortung in einem Austausch mit der fragenden Fraktion seitens der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration allgemein dargestellt und gemeinsam erörtert.

Für die folgende Beantwortung sind daher im Einvernehmen mit der Fraktion der FDP eine Reihe von Ergänzungen und Setzungen vorgenommen worden, um trotz der bestehenden Problematiken eine bestmögliche Antwortausprägung im Einzelfall zu erreichen:

- Um den „Sozialhaushalt“ der Stadt Bremen im Sinne des Produktplans 41, Jugend und Soziales (Anteil Stadtgemeinde), mit dem der Stadt Bremerhaven zumindest im Ansatz vergleichbar zu machen, ist neben dem Ausschussbereich 5 „Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung“ auch der Ausschussbereich 8 „Jugend, Familie und Frauen“ heranzuziehen. Bei der Beantwortung ist dieses soweit wie möglich berücksichtigt worden.
- Aufgrund von technischen Strukturen und anderen Gründen liegen Daten aus den HKR-Systemen von Bremen und Bremerhaven im „einfachen“ Zugriff nur ab 2003 (in Bremerhaven teilweise 2004) vor. Daher sind die Tabellen und Antworten in diesem Sinne entwickelt worden.
- Die führende Haushaltsstruktur in Land und Stadtgemeinde Bremen sind die Produktgruppen des Produktgruppenhaushaltes. Die noch vorhandenen kamerale Kapitel haben lediglich eine technisch-strukturierende Bedeutung und darüber hinaus oftmals produktplan-übergreifende Bestandteile (Haushaltsstellen). Folglich sind hier nur die Produktgruppen eine sinnvolle Betrachtungsebene. In Bremerhaven dagegen sind die Kapitel die relevante Struktur. Aus diesem Grund sind die Tabellen und Antworten in diesem Sinne (Land und Stadt Bremen: Produktgruppen, Bremerhaven: Kapitel) entwickelt worden.

Darüber hinaus werden bei den einzelnen Antworten bei Bedarf weitere Hinweise auf die Art der Antwort bzw. die Auslegung der Frage gegeben. Bei der Beantwortung der folgenden Fragen für die Bremische Bürgerschaft (Landtag) durch den Senat hat auch die Stadt Bremerhaven mitgewirkt, da in Teilen rein kommunale Angelegenheiten der Stadt Bremerhaven betroffen waren.

1) Wie haben sich die Ausgaben im Produktplan 41 des Landes Bremen seit 2000 entwickelt (absolut, per Capita und relativ zum Jahr 2000 und zum Vorjahr)? Bitte für die einzelnen

- a. Kapitel,**
- b. Produktbereiche und**
- c. Produktgruppen**

darstellen.

Die Entwicklung der Ausgaben im Produktplan 41 des Landes Bremen seit dem Jahr 2003 nach Produktgruppen ist in der Anlage 1 (Ausgaben Land) enthalten. Insgesamt ist festzustellen, dass die Ausgaben auf Landesebene im Betrachtungszeitraum insgesamt und je Einwohner:in stark angewachsen sind. Ein erster besonderer Sprung nach oben ist 2005

festzustellen, i. W. durch die Weiterleitung (Ausgaben des Landes an die Kommunen) der damals neuen Bundesbeteiligung für die Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU nach dem SGB II, PG 41.05.04, später 41.21.01). 2011 steigt diese abermals. Eine weitere besondere Steigerung erfolgt ab 2016/17 in Folge der damaligen Ereignisse (Zugang Geflüchtete, PG 41.03.01, später 41.21.01). 2020 wird im Zuge der Corona-Pandemie die Bundesbeteiligung Kosten der Unterkunft (KdU) ein weiteres Mal deutlich erhöht. Steigend sind auch die Weiterleitungen der Bundesbeteiligung für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel SGB XII, GSIAE, PG 41.05.03, dann 41.05.01, später 41.21.01), siehe auch bei Einnahmen. 2022 sind erneut steigende Ausgaben im Kontext des Ukraine-Krieges sowie des übrigen Zugangs an anderen geflüchteten Menschen feststellbar. Durch alle Jahre hinweg ziehen sich die Landesbeteiligungen nach den verschiedenen Bremischen Ausführungsgesetzen, wie z.B. dem SGB XII.

2) Wie haben sich die Einnahmen im Produktplan 41 des Landes Bremen seit 2000 entwickelt (absolut, per Capita und relativ zum Jahr 2000 und zum Vorjahr)? Bitte für die einzelnen

a. Kapitel,

b. Produktbereiche und

c. Produktgruppen

darstellen.

d. Wie hat sich die Bundesbeteiligung im Produktplan 41 in den letzten 20 Jahren entwickelt und welche Wirkungen hat dies auf den Haushalt des Landes? Bitte detailliert darstellen und unter Nennung der relevanten rechtlichen Grundlage.

e. Welche Auswirkung hat das Pauschalentlastungsgesetz auf den Landeshaushalt?

Die Entwicklung der Einnahmen im Produktplan 41 des Landes Bremen seit dem Jahr 2003 nach Produktgruppen ist in der Anlage 2 (Einnahmen Land) enthalten. Insgesamt ist festzustellen, dass die Einnahmen einerseits (i. W. durch die Abhängigkeit von Ausgaben) schwankend sind, andererseits aber auch, dass sie analog zu den Ausgaben im Betrachtungszeitraum stark ansteigen. In den ersten Jahren seit den „Harz IV“-Reformen konsolidiert sich die Bundesbeteiligung KdU (PG 41.05.04, später 41.21.01) auf hohem Niveau als eine bedeutsame Landeseinnahme. In den Folgejahren erfolgen immer wieder bedeutende Anpassungen (insbesondere 2011, 2017 und 2020), meistens nach oben. 2013/2014 steigert sich auch die Bundesbeteiligung für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSIAE, PG 41.05.03, dann 41.05.01, später 41.21.01) auf aktuell 100 % der Nettoausgaben in den Kommunen. 2022 steigen die Bundesbeteiligungen aufgrund der Ausgabensteigerungen in den Kommunen wieder etwas deutlicher an.

Zu Frage 2) d:

Es wird auf die Anlage 3 (Bundesbeteiligungen im Land) verwiesen. Dargestellt sind diejenigen Einnahmen, die gem. dem gültigen Gruppierungsplan die Bundesbeteiligungen enthalten. Die Bundesbeteiligungen im Produktplan 41 des Landes Bremen sind sehr umfangreich hinsichtlich Art und Begründung der jeweiligen Bundesbeteiligung. Sie reichen von den großen Beteiligungen nach SGB II (KdU SGB II) und SGB XII (GSIAE 4. Kap. SGB XII) bis hin zu vom Umfang her sehr kleinen Projektbeteiligungen. Die vom Betrag her wesentlichen Beteiligungen sind entsprechend einzeln dargestellt.

Zu Frage 2) e:

Mit dem Gesetz zur Einführung einer langfristigen Pauschalentlastung der Länder im Zusammenhang mit Fluchtmigration und zur Änderung des Mauergrundstücksgesetzes (Pauschalentlastungsgesetz) vom 13. November 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 310 vom 17.11.2023) wurde insbesondere die gesetzliche Umsetzung der Beschlüsse aus den Besprechungen des Bundeskanzlers mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 2. November 2022 und 10. Mai 2023 zu den flüchtlingsbezogenen Entlastungen der Länder für 2023 und 2024 ff. vorgenommen. Als weitere Regelungsinhalte umfasst das Pauschalentlastungsgesetz die Auszahlung der im „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ vorgesehenen dritten Tranche von 500 Mio. Euro an die Länder in 2023 sowie die Auflösung des sogenannten Mauerfonds zum 31. Januar 2024. Da die beiden letztgenannten Komponenten keinen inhaltlich-thematischen Bezug zu dem Anfragegegenstand des „Sozialhaushalts“ haben, wird im Folgenden auf diese nicht weiter eingegangen.

Im Kontext der flüchtlingsbezogenen Entlastungen wurde mit dem Pauschalentlastungsgesetz der Umsatzsteueranteil der Länder zulasten des Bundes um zusätzliche 3,4 Mrd. Euro für 2023 erhöht. Inklusive der bereits vorher dauerhaft im Finanzausgleichsgesetz festgeschriebenen Beträge aus einer vormaligen sogenannten „umA-Pauschale“ (350 Mio. Euro p.a.) ergibt sich dadurch eine flüchtlingsbezogene Pauschalentlastung der Länder i.H.v. insgesamt 3,75 Mrd. Euro in 2023 (davon 1,5 Mrd. Euro für Geflüchtete aus der Ukraine und 2,25 Mrd. Euro im Kontext der Geflüchteten aus anderen Staaten). Für die Jahre ab 2024 wurde der Umsatzsteueranteil der Länder um zusätzliche 900 Mio. Euro erhöht, sodass sich unter Berücksichtigung der bereits festgeschriebenen vormaligen „umA-Pauschale“ (350 Mio. Euro p.a.) eine jährliche allgemeine flüchtlingsbezogene Pauschale in Höhe von insgesamt 1,25 Mrd. Euro ergibt. Diese Mittel stellen keine Zuweisungen vom Bund an die „Sozialhaushalte“ der Länder (und Kommunen) dar, sondern werden über die Umsatzsteuerverteilung zentral bei den Steuereinnahmen berücksichtigt und unterliegen damit dem Gesamtdeckungsprinzip der Haushalte. Dementsprechend hat das Pauschalentlastungsgesetz keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Sozialhaushalte des Landes Bremen sowie der Städte Bremen und Bremerhaven. Gleichwohl konnten die Mehrbedarfe im „Sozialhaushalt“ 2023 budgetmäßig im Gesamthaushalt abgedeckt und für die Zukunft (2024 ff.) konnten die Sozialleistungsansätze im Rahmen der insgesamt zur Verfügung stehenden Deckungsmöglichkeiten der Finanzplanung aufgestockt werden.

Für das Land Bremen betragen die sich aus dem Pauschalentlastungsgesetz ergebenden zusätzlichen, flüchtlingsbezogenen Bundesentlastungen für 2023 insgesamt 35,473 Mio. Euro (davon 15,650 Mio. Euro ukraine-bedingt) sowie ab 2024 insgesamt 9,390 Mio. Euro

(jeweils ohne bereits fortgeschriebene „umA-Pauschale). Zu den gesamtheitlichen Auswirkungen für den Landes- und die kommunalen Haushalte für 2023 bzw. ab 2024 wird im Detail auf die Vorlage für die Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 08.12.2023 verwiesen (VL-Nummer Senat: 21/1118-L, 21/1098-S).

Mit dieser Vorlage wurde beschlossen, dass die Bundesentlastungen in Höhe von 15,650 Mio. Euro in 2023, die inhaltlich im Zusammenhang mit den Ausgaben für Geflüchtete aus der Ukraine stehen, in entsprechender Höhe die krisenbedingten Finanzierungsbedarfe des Landes Bremen entlasten. Daher werden sie in den Produktplan 99, Klimastrategie, Energie/Ukraine überführt, in dem die Mittel dann die vom Land Bremen getragene Notlagenkreditfinanzierung reduzieren. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat darüber hinaus der vollständigen Weiterleitung der nicht-ukrainebedingten Entlastungseffekte i.H.v. insgesamt 19,823 Mio. Euro aus dem Landeshaushalt 2023 im Verhältnis 80:20 an die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven zugestimmt; die Abwicklung erfolgt zum Teil automatisiert über den „Kommunalen Finanzausgleich“ und zum Teil über ergänzende Sonderzuweisungen des Landes. Diese Mittel dienen zur budgetmäßigen Entlastung der kommunalen Gesamthaushalte 2023 von den flüchtlingsbedingten Aufwendungen.

Ebenfalls wurde in der Vorlage dargestellt, dass die Effekte aus der zusätzlichen Bundesentlastung für Geflüchtete ab 2024 in Höhe von 9,390 Mio. Euro p.a. (unbefristet) vollständig im Verhältnis 80:20 entsprechend dem Aufnahmeschlüssel aus dem Landesaufnahmegesetz an die Stadtgemeinden Bremen- und Bremerhaven im Finanzhaushalt weitergeleitet werden sollen. Eine entsprechende haushaltsmäßige Umsetzung wird im Zuge der Haushaltsaufstellung 2024/2025 – auch unter Berücksichtigung der bisherigen Pauschale für unbegleitete Minderjährige – vorgenommen. Hierbei wird ein entsprechender Ausgleich über veranschlagte Entnahmen aus der in 2023 neu einzurichtenden Sonderrücklage für Umsatzsteuerfinanzierungen für die Haushaltsjahre ab 2024 gewährleistet. Die Mittel ab 2024 ff. dienen ebenfalls zur Entlastung der kommunalen Gesamthaushalte von den flüchtlingsbedingten Aufwendungen.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass in der Besprechung des Bundeskanzlers mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 06.11.2023 u.a. vereinbart wurde, dass der Bund die bisher vereinbarte feste Flüchtlingspauschale (1,25 Mrd. Euro) ab 2024 zu einer in Abhängigkeit von der Anzahl der Schutzsuchenden zu zahlende Pro-Kopf-Pauschale weiterentwickelt (7.500 Euro p.a. pro Asylerstantrag) und hierzu in der ersten Hälfte des Jahres 2024 eine Abschlagszahlung in Höhe von 1,75 Mrd. Euro vornehmen wird. Die gesetzliche Umsetzung dieser Vereinbarung steht noch aus.

3) Analog zu den Fragen 1 und 2: Wie war die Entwicklung in diesen Bereichen in den Stadtgemeinden? Wie haben sich die Ausgaben im Produktplan 41 der Stadt Bremen seit 2000 entwickelt? Wie haben sich die Ausgaben im Ausschussbereich 5 in Bremerhaven seit 2000 entwickelt? Bitte auch einen Vergleich der beiden Stadtgemeinden in der Entwicklung darstellen.

- a. **Wie hat sich die Bundes- und Landesbeteiligung (Finanzbeziehungen/ Zuweisungen) in den kommunalen (Sozial-) Haushalten (Bremen und Bremerhaven) in den letzten 20 Jahren entwickelt und welche Wirkungen hat dies auf die Kommunalhaushalte Bremens und Bremerhavens? Bitte detailliert darstellen und unter Nennung der relevanten rechtlichen Grundlage.**
- b. **Welche Auswirkung hat das Pauschalentlastungsgesetz auf den Haushalt der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven?**

Stadt Bremen

Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben im Produktplan 41 der Stadt Bremen seit dem Jahr 2003 nach Produktgruppen ist in den Anlage 4 (Einnahmen Stadt) und 5 (Ausgaben Stadt) enthalten.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Ausgaben im Betrachtungszeitraum ansteigen, neue Ausgaben (z.B. SGB II, PG 41.05.04) ersetzen dabei wegfallende (z.B. Hilfen zur Lebensunterhalt nach dem BSHG, PG 41.05.01). Teilweise bestehen Schwankungen, die Ausgaben der Kindertagesbetreuung (PG 41.01.02) steigen im Grundsatz auch immer an, 2015 fallen sie jedoch im Zuge einer Neuordnung zum Ressort Kinder und Bildung (siehe auch unten) weg. Besondere Ausgabensprünge sind 2015/16 im Zusammenhang mit den damaligen Zugängen an Geflüchteten festzustellen (PG 41.03.01). Der Wegfall der Kindertagesbetreuung hat hier 2016 eine den Zuwachs verfälschende Wirkung. Nach einer gewissen Konsolidierung 2017 ff. sind 2022/23 wieder stärkere Ausgabenzuwächse im Kontext des Ukraine-Krieges sowie des übrigen Zugangs an anderen geflüchteten Menschen feststellbar.

Bei den Einnahmen sind ebenfalls im Grundsatz Steigerungen festzustellen. Alle Bundesbeteiligungen, siehe Land, werden an die Kommunen weitergegeben und entfalten hier eine ähnliche Wirkung. Durch alle Jahre hinweg ziehen sich die Landesbeteiligungen nach den verschiedenen Bremischen Ausführungsgesetzen, wie z.B. dem SGB XII.

Stadt Bremerhaven

Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in der Stadt Bremerhaven seit dem Jahr **2004** nach Kapiteln (der Ausschussbereiche 5 und 8) ist in den Anlagen 6 (Einnahmen Bremerhaven) und 7 (Ausgaben Bremerhaven) enthalten. Insgesamt ist festzustellen, dass vor allem im Zusammenhang mit dem Ausbau der Kindertagesbetreuung, im Kontext mit zunehmender Aufgabenwahrnehmung in den Hilfen zur Erziehung (SGB VIII), mit der Zuwanderung von Geflüchteten (insbesondere 2015/16 als auch ab 2022) und der Coronapandemie Kostensteigerungen erfolgten. Dies betrifft insbesondere die Zeit seit dem Jahr 2015. Einige Jahre fallen mit erheblichen Ausgabensteigerungen zum Vorjahr auf. Hervorzuheben sind das Jahr 2005 (8,9 % Steigerung zum Vorjahr) und das Jahr 2011 (6,8 %) sowie die Zeiträume seit 2019-2023 (Steigerungen um 5,2 %, 6,1 %, 5,0 %, 8,9 % und 11,8 %). Lediglich das Jahr 2017 weist einen Ausgabenrückgang um -1,7 % auf. Obwohl

die Ausgaben bezogen auf das Basisjahr 2004 nur um 137,1 % und die Einnahmen um 228,6% gestiegen sind, hat sich das Verhältnis der Gesamtausgaben je Einwohner:in zu den Gesamteinnahmen je Einwohner:in von 759 Euro nahezu auf 1.409 Euro von 2004 bis 2023 nahezu verdoppelt. Bei den Einnahmen sind Wirkungen aufgrund der Bundes- und Landesbeteiligungen feststellbar.

Zum Vergleich beider Stadtgemeinden:

Die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven unterscheiden sich nicht nur nach Größe und Einwohner:innenanzahl, es gibt auch eine Vielzahl anderer Faktoren, die unterschiedlich sind. Bezogen auf die „Sozialhaushalte“ bzw. die Jugend- und Sozialbehörden gilt ähnliches. Auch wenn die Aufgaben in weiten Teilen gleich oder ähnlich sind, so gibt es auch eine Reihe von Unterschieden, die einen einfachen Vergleich innerhalb der Beantwortungsfrist nicht sinnvoll möglich machen, sondern eher eine wissenschaftliche Untersuchung notwendig machen würden. Daher kann ein wirklich qualifizierter Vergleich im Detail hier in der Beantwortung nicht vorgenommen werden.

Ein Vergleich kann sich nur auf eine einfache Gegenüberstellung der Werte pro Einwohner:in beziehen, die in den Anlagen zu den Einnahmen und Ausgaben (siehe oben) enthalten sind. Demnach ist festzustellen, dass die gesamten Ausgaben pro Einwohner:in in den ersten Jahren des Betrachtungszeitraums inkl. gewisser Schwankungen ähnlich hoch sind und in beiden Städten ansteigen. Ab ca. 2016 entwickeln sich die Ausgaben je Einwohner:in in Bremerhaven auf einem etwas höheren Niveau als in der Stadt Bremen. Ein maßgeblicher Grund könnte darin liegen, dass die Ausgaben der Kindertagesbetreuung ab 2016 nicht mehr in den stadtbremischen Daten „belastend“ enthalten sind. Die Gesamteinnahmen je Einwohner:in, die in beiden Städten steigen, fallen in der Stadt Bremerhaven etwas höher aus als in der Stadt Bremen.

Zu Frage 3) a:

Es wird auf die Anlagen 8 (Bundes- und/oder Landesbeteiligungen an Bremen) und 9 (Bundes- und/oder Landesbeteiligungen an Bremerhaven) verwiesen. Dargestellt sind die Beträge, die gem. dem gültigen Gruppierungsplan als Bundes- und Landesbeteiligungen jeweils an die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven weitergeleitet bzw. gezahlt wurden. Die Bundes- und Landesbeteiligungen sind sehr umfangreich hinsichtlich Art und Begründung der jeweiligen Beteiligung. Sie reichen von den großen Beteiligungen nach den SGB II und XII sowie den Landesbeteiligungen i. W. nach dem Brem AG SGB IX/XII bis hin zu vom Umfang her sehr kleinen Projektbeteiligungen. Die vom Betrag her wesentlichen Beteiligungen sind entsprechend einzeln je Stadtgemeinde dargestellt.

Zu Frage 3) b:

Es wird auf Antwort zu Frage 2) e verwiesen, die sowohl auf die Landes- als auch auf die kommunale Ebene eingeht.

4) Welche Ausgaben im Produktplan 41 des Landes Bremens sind freiwillige Leistungen (Aufgaben), Pflichtleistungen (Aufgaben) und Auftragsangelegenheiten. Bitte einzeln für die verschiedenen

- a. Kapitel,
- b. Produktbereiche und
- c. Produktgruppen

und unter Nennung des Rechtsanspruchs darstellen.

und

5) Welche Ausgaben im Produktplan 41 der Stadtgemeinde Bremen sind freiwillige Leistungen (Aufgaben), Pflichtleistungen (Aufgaben) und Auftragsangelegenheiten. Bitte einzeln für die verschiedenen

- a. Kapitel,
- b. Produktbereiche und
- c. Produktgruppen

und unter Nennung des Rechtsanspruchs darstellen.

Vorbemerkungen:

Beim „Sozialhaushalt“ sind Land und Stadt Bremen betroffen. Der Produktplan 41, Jugend und Soziales, besteht zum absolut größten Teil aus verschiedenen Sozialleistungen. Sie sind (Stand 2024) den Produktgruppen 41.01.03 S, 41.01.04 S, 41.01.06 S, 41.01.07 S, 41.02.01 S, 41.03.01 S, 41.04.02 S, 41.04.03 S, 41.05.01 S bis 04 S, 41.06.01 S, 41.06.02 S, 41.07.02 S, 41.20.01 L, 41.21.01 L, 41.21.05 L und 41.23.01 L in den Haushalten der Stadtgemeinde (S) oder Land (L) zugeordnet. Zuständige Behörden sind die Senatorische Behörde (Land und Stadtebene), das Amt für Versorgung und Integration (AVIB) auf Landesebene sowie das Amt für Soziale Dienste auf kommunaler Ebene, welches die Aufgabenwahrnehmungen Sozial- und Jugendamt in sich vereint.

Zu nennen sind als Auftragsgrundlagen **insbesondere** die SGB II, VIII, IX, XII, XIV, das UVG, das AsylbLG und die übrigen Rechtsvorschriften und Aufgaben im Zusammenhang mit Asyl und Flucht. Darüber hinaus gibt es eine ganze Reihe weiterer Grundlagen, wie z.B. die Bremischen Ausführungsgesetze zu verschiedenen SGB.

Sozialleistungen beruhen zum großen Teil auf individuellen Rechtsansprüchen. Sie entstehen in den meisten Fällen, vereinfacht ausgedrückt, wenn Personen Leistungen benötigen und ihr Einkommen und Vermögen nicht ausreicht, diese selbst zu finanzieren. In manchen Fällen sind sie auch einkommensunabhängig zu gewähren. Unter Leistungen sind nicht nur Geldleistungen zu verstehen, sondern auch andere Hilfeformen, wie Unterbringung, Betreuung, Beratung und spezielle Formen der Unterstützung. Insofern ist die

Anzahl der Hilfeempfänger und Hilfeempfängerinnen grds. nicht maßgeblich durch die Sozialhilfeträger auf allen staatlichen Ebenen beeinflussbar. Der Umfang der Sozialleistungen ist also von der Entwicklung der Bedarfslagen (Pflegebedarf etc.) und von der Einkommenssituation der Menschen sowie von übergeordneten gesellschaftlichen Veränderungen bzw. übergeordneten Entwicklungen in Deutschland und der Welt abhängig. In die Entgelte für ambulante und stationäre Maßnahmen bzw. Leistungsangebote fließen u. a. allgemein wirkende Parameter, wie Energiekosten und Tarifabschlüsse, belastend ein. Auf die meisten dieser ganzen Faktoren hat der „Sozialhaushalt“ selbst nur sehr wenig Einfluss.

Die Sozialleistungen sind dem Grunde bzw. in manchen Fällen auch der Höhe nach weitestgehend bundesgesetzlich bzw. faktisch oder aufgrund regionaler Gegebenheiten sowie Gerichtsentscheidungen festgelegt. Dazu kommen regionale Festlegungen aber auch freiwillige Leistungen oder unabweisbare Ausgaben im Zusammenhang mit den gesetzlichen Leistungen, wie z. B. Mieten und Bewachung für Asyleinrichtungen, oder auch flankierende Zuwendungen wie z.B. im Bereich der Hilfen zur Erziehung. Es kann dementsprechend von einem hohen Verpflichtungsgrad der Ausgaben von weit über 90% ausgegangen werden. Auch sind viele Ausgaben, denen Aufgaben zugrunde liegen, nicht immer eindeutig im Sinne der Fragekategorien aufschlüsselbar. Als Beispiel können die jugendpolitischen Aufgaben (i.S.d. §§ 11 bis 14 SGB VIII.) angeführt werden, die im SGB VIII ihre Grundlage finden, jedoch von der jeweiligen Kommune im Detail ausgestaltet werden (in Bremen im OKJA, PG 41.01.01). Die Kommunen als Träger der öffentlichen Jugendhilfe sind dabei im Bereich der objektiven Rechtsverpflichtungen zur Bereitstellung einer angemessenen Angebotsstruktur ungeachtet der „Ausgestaltungsfreiheit“ verpflichtet.

Freiwillige Leistungen entstehen aber teilweise auch aufgrund von Beschlusslagen von politischen Gremien, wie z.B. das Stadtticket (PG 41.05.04, Ausgaben von beginnend in 2011/12 zus. rd. 1,3 Mio. Euro anwachsend auf 12,7 Mio. Euro p.a. in 2023), die dann auch ihre Bindung für die Aufgabenwahrnehmung entfalten. Vielerlei Zuwendungen für verschiedene Zwecke mit verschiedenen Auftragsgrundlagen sind ebenfalls Bestandteil der Aufgabenwahrnehmung. Ein Beispiel ist hier die präventive Schuldnerberatung (PG 41.05.04, von 0,4 Mio. Euro in 2015 anwachsend auf 0,7 Mio. Euro in 2023). Ein weiterer weitgehend eher freiwilliger Bereich ist die Präventive und offene Altenhilfe (PG 41.04.01). Freiwillige Aufgaben bilden aber letztlich nur den kleineren Anteil am „Sozialhaushalt“ insgesamt.

Letztlich kann die vorherige Darstellung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Eine vollständige Unterscheidung der Ausgaben- bzw. Aufgabenvielfalt insgesamt in den nachgefragten Kategorien bzw. eine Auflistung aller Aufgaben ist angesichts der Breite und Tiefe nicht möglich, sondern wäre Gegenstand einer äußerst umfangreichen und zeitintensiveren Untersuchung, die im Rahmen der Beantwortung so nicht gestaltet werden kann.

6) Frage 5 Bitte analog für Bremerhaven für die entsprechenden Ausschussbereiche und Kapitel darstellen.

Es wird davon ausgegangen, dass die Darstellungen zu den Fragen 4 und 5 in weiten Teilen allgemein auch auf die Stadt Bremerhaven zutreffen. Insofern wird darauf verwiesen. Darüber hinaus liegen seitens der Stadt Bremerhaven die folgenden Ausführungen vor:

Ausschussbereich 5:

Das Sozialamt nimmt nahezu ausschließlich Pflichtaufgaben mit gesetzlichen Ansprüchen wahr. Die Kapitel 6401, 6410 bis 6416, 6421 bis 6441, 6419 und 6420 umfassen diese nach den SGB IX, XII, II sowie des AsylbLG. Dazu werden auch Zuwendungen zur Erfüllung von Aufgaben nach den SGB II, SGB IX und SGB XII bewilligt. Das seit 2020 existierende Sozialreferat (Kap. 6408) gewährt insbesondere auch Zuwendungen als freiwillige Leistungen nach der Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen zur Förderung von Chancengleichheit und Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund sowie zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch die Stadt Bremerhaven auf Grundlage des 2. Bremerhavener Integrationskonzepts.

Ausschussbereich 8:

Gemäß § 69 (1) SGB VIII i. V. m. § 1 (1) BremAGKJHG ist die Stadtgemeinde Bremerhaven Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Als öffentlicher Jugendhilfeträger ist die Stadtgemeinde für die Erfüllung der in § 2 SGB VIII genannten Aufgaben der Jugendhilfe zuständig. Für die Wahrnehmung der Aufgaben des SGB VIII errichtet jeder örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe ein Jugendamt (§ 69 (2) SGB VIII), hier das Jugendamt Bremerhaven (Amt für Jugend, Familie und Frauen, Amt 51) mit zahlreichen Ausgaben im Kontext des SGB VIII u. a. Gesetze und Auftragsgrundlagen im Kontext „Kinder und junger Menschen“. Nahezu alle diese Aufgaben sind bundes-/landesgesetzlich geregelt und kommunal umzusetzen. Kommunal beschlossen und dem Amt für Jugend, Familie und Frauen zur Umsetzung zugeordnet sind: Kinder- und Jugendbeauftragte, Jugendparlament, Frauenförderung.

Die Kapitel 6450, 6451, 6457, 6470, 6472 und 6473 enthalten gesetzliche Pflichtaufgaben SGB VIII. Im Kapitel 6480 ist die Frauenförderung dargestellt, die kommunal beschlossen wurde. Im Kapitel 6560 sind die Aufgaben der/des Kinder- und Jugendbeauftragten sowie die Aufgaben des Jugendparlaments enthalten, die kommunal beschlossen wurden.

7) Welche Aufgaben sind seit dem Jahr 2000 im Verantwortungsbereich des Landes und der Kommunen hinzugekommen oder wurden übertragen? Bitte stellen Sie detailliert dar, welche Veränderungen sich in Bezug auf Pflichtaufgaben und Auftragsangelegenheiten im Produktplan 41 für das Land und die Stadt Bremen sowie im Ausschussbereich 5 für Bremerhaven ergeben haben.

Im Betrachtungszeitraum ab 2003 gab es eine Reihe von Veränderungen und/oder Entwicklungen, die massive Auswirkungen auf die unabwendbare Aufgabenwahrnehmung des „Sozialhaushalts“ von Land und beiden Kommunen hatten. In vielen Fällen sind alle

Ebenen betroffen. Nicht alle Veränderungen und Entwicklungen haben jedoch eine relevante Auswirkung, auch ist nicht jede Veränderung und/oder Entwicklung eine im Sinne der Fragestellung. Nicht immer lassen sich die Wirkungen in Gänze messen, da es vielschichtige Auswirkungen sind und es auch parallele Wirkungsketten gibt. Darüber hinaus übersteigt der notwendige Arbeitsaufwand zum Erstellen solcher Erhebungen im Detail die Möglichkeiten im Zuge der Beantwortung. Daher werden Veränderungen und/oder Entwicklungen nur deskriptiv dargestellt.

Folgende ausgewählte besondere Veränderungen, Ereignisse und/oder Entwicklungen hatten besondere Auswirkungen auf die Aufgabenwahrnehmung und die damit verbundenen Ausgaben und Einnahmen (ohne besondere Reihenfolge oder Gewichtung):

- Einführung des Grundsicherungsgesetzes in 2003, das u.a. helfen sollte, versteckte Armut zu bekämpfen. Es folgten diverse Änderungen in den Folgejahren. Aktuell findet die Abbildung im 4. Kapitel SGB XII statt und ist aktuell zu 100% bundesfinanziert (Nettoausgaben). In Bremen-Stadt siehe 41.05.01 S ab 2016 (vorher 41.05.03, 02) und im Land analog ab 2018 anteilig 41.21.01 L. In Bremerhaven ist das Sozialamt (Kapitel 6411) betroffen. Die Kostenerstattung ist neben dem KdU-Bundesanteil eine der maßgeblichen Einnahmearten im „Sozialhaushalt“ des Landes und der Kommunen.
- Einführung der Auftragsbetreuung nach § 264 Abs. 2-7 SGB V 2004 („Ablösung der Krankenhilfe“). Betroffen sind die Hilfen zur Gesundheit (i. W. PG 41.06.01 u. a. bzw. in Bremerhaven Sozialamt, Kapitel 6410, 6412, 6420 und 6425). Es wurde geregelt, dass Gesundheitskosten für nicht versicherte Personen durch die Krankenkassen übernommen werden, gegen Kostenersatz durch die Sozialhilfeträger.
- Die „Hartz-IV-Reform: Das Bundessozialhilfegesetz „endet“ und wird 2005 durch die Einführung des SGB XII und SGB II ersetzt; Wegfall von BSHG-Ausgaben und Einnahmen (i.W. 41.05.01 (u.a.) bis ca. 2005 und Neueintritt der PG 41.05.04 (Land und Stadt, Land später anteilig in 41.21.01) in den Haushalt. Wesentliche vormalige Leistungen der Kommunen fallen zu Lasten des Bundes weg (i. W. „Regelsatz“). Im Gegensatz zum BSHG gibt es eine Bundesbeteiligung (an den Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU)). In Bremerhaven ist das Sozialamt (Kapitel 6440) betroffen. Die SGB XII und II werden in den Folgejahren immer wieder aktualisiert und verändert. Die Bundesbeteiligung an den KdU ist neben der Kostenerstattung nach dem 4. Kapitel SGB XII „GSIAE“ eine der maßgeblichen Einnahmearten im „Sozialhaushalt“ des Landes und der Kommunen. Die Bundesbeteiligung wurde im Laufe der Jahre immer wieder verändert, meistens erhöht, um verschiedene Entlastungen abzubilden, zuletzt besonders in der Corona-Pandemie 2020.
- Der tragische Todesfall „Kevin“ im Jahr 2006 in der Stadt Bremen, dessen Aufarbeitung in den Folgejahren sowie die zunehmende Bedeutung des bereits im Jahr 2005 eingeführten § 8a im SGB VIII (Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung) führten zu einer Veränderung und einem damit einhergehenden Paradigmenwechsel in der Hilfgewährung des Jugendamtes und damit zu einem deutlichen Anstieg

der Zahlen der unterstützten Familien. Dieser und mehrere andere tragische Todesfälle außerhalb Bremens haben bundesweit zu einer breiten fachlichen Debatte zum Schutz des Kindeswohls und mehreren gesetzlichen Veränderungen geführt. In der Folge sind bundesweit sowohl die Fallzahlen als auch die Kosten im Bereich der Hilfen zur Erziehung deutlich angestiegen. In Bremen waren die Jahre 2006 bis 2010 daher von deutlichen Fallzahlsteigerungen sowohl in den ambulanten als auch in den stationären Hilfen gem. § 34 SGB VIII geprägt, merkbar ab dem Jahr 2007 in der Tabelle Anlage 05 (Ausgaben Stadt Bremen) in den HzE PG 41.01.03 und 04 insbesondere aber 04). Die Konsequenz hieraus war letztlich ein deutlicher Anstieg der Ausgaben im Zeitraum von 2006 bis ca. 2010. Die Stadt Bremen hat seitdem eine besonders hohe Hilfedichte und auch hohe Ausgaben, die Aufwendungen je Fall sind aber nur durchschnittlich. Parallel wurde durch die in mehreren gesetzlichen Schritten vollzogene Verstärkung des Kinderschutzes u. ä. die Entwicklung des Ausgabenanstiegs verstärkt.

Unabhängig von der vorgenannten Entwicklung steigen grundsätzlich allgemein die Bedarfe im Kontext der Hilfen zur Erziehung (SGB VIII) in Bremen (PG 41.01.03, 04) und in Bremerhaven (Jugendamt) betroffen.

- Einführung der Leistungen für Bildung und Teilhabe („Bildungs- und Teilhabepaket“ - BuT) in 2011 für Kinder und junge Menschen verschiedener Rechtskreise, vornehmlich SGB II. Der größte Teil wird über einen zusätzlichen KdU-Bundesanteil refinanziert. Die Umsetzung in Bremen erfolgt in PG 41.05.02 (Land und Stadt, Land später anteilig in 41.21.01), in Bremerhaven im Sozialamt (Kapitel 6441).
- Es gab insbesondere in den Jahren 2015 ff sowie erneut ab 2021 hohe Zugänge an unbegleiteten minderjährigen Ausländern und Ausländerinnen (früher umF, jetzt umA). Die Folge waren steigende Ausgaben, aber auch in Teilen Einnahmen. Betroffen sind insbesondere Land (PG 41.01.06 bis 2018, dann 41.20.01) und Stadt Bremen (PG 41.01.03, 04, 06), in gewissen Maße auch Bremerhaven (Jugendamt, Kapitel im Ausschussbereich 8). Der jüngere Anstieg der Fallzahlen und damit auch der Kosten konnte in der Stadt Bremen durch die ab September 2022 verstärkte Umverteilung in andere Bundesländer etwas gebremst werden. Letztlich trägt das Land aktuell weitgehend die Ausgaben für umA in den Kommunen.
- Kindertagesbetreuung (SGB VIII): In Bremen wurde dieser inhaltlich bedeutsame und ausgabenstarke Aufgabenbereich ab 2015 ff. im Zuge einer Umressortierung aus dem „Sozialhaushalt“ herausgenommen und in den „Bildungshaushalt“ überführt. Dieses führt ab 2015/16 zu einer Reduzierung der Ausgaben (und Einnahmen) bei PG. 41.01.02 Land und insbesondere Stadtgemeinde. Diese Finanzwirkungen fallen nun im Bildungsressort an. Bei der Kindertagesbetreuung haben sich die Kosten, insbesondere durch die Einführung und schrittweise Ausweitung der Rechtsansprüche, deutlich nach oben entwickelt, bis 2015/16 und auch danach. In Bremerhaven ist das Amt für Jugend, Familie und Frauen zuständig geblieben.

- Ab ca. 2016 hat es bundesweit eine massive Ausweitung der Bedarfe im Bereich der Schulbegleitung als Folgewirkung des Rechtsanspruchs auf Besuch der Regelschule auf Basis der UN Behindertenrechtskonvention gegeben. In der Stadt Bremen fallen diese Ausgaben in die PG 41.01.03. In Bremerhaven wird die Schulbegleitung durch das Sozialamt und das Amt für Jugend, Familie und Frauen/Jugendamt finanziert.
- Durch die Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG) am 01.07.2017 hat sich der Kreis der Leistungsberechtigten mehr als verdoppelt und damit zu einem massiven Ausgabenanstieg geführt. Betroffen sind Land und beide Stadtgemeinden (Jugendamt). In Bremen sind es 41.01.07 Land und Stadt und ab 2019 im Land 41.20.01. Die Ausgaben für das UVG in den kommunalen Unterhaltsvorschussstellen (UV-Stellen) im Land Bremen werden zu 83,33% von Bund und Land getragen, belasten also die Kommunen nur vergleichsweise gering. Die Einnahmen werden ähnlich geteilt.
- Die Herausforderungen im Bereich der Leistungen für Geflüchtete ab ca. 2015 und seit 2022 sind angewachsen, zuletzt insbesondere für die Menschen, die aus der Ukraine nach Deutschland geflüchtet sind. 2015 erfolgte aufgrund eines Urteil des Bundesverfassungsgerichts auch eine Anpassung von AsylbLG-Leistungen nach oben. Die maßgeblichen Belastungen fallen in die PG 41.03.01 (Land und Stadtgemeinde, später im Land anteilig in 41.21.01), in Bremerhaven ist das Sozialamt (Kapitel 6419 und 6420) betroffen. Ab Mitte 2022 fand ein Übergang von Personen aus der Ukraine in die SGB II (u. a.) Hilfesysteme statt. 2023 gab es hier eine einmalige Entlastung durch den einschlägigen Nachtragshaushalt.
- Beschlüsse der Pflegestärkungsgesetze I-III, die von 2015 bis 2017 schrittweise in Kraft traten. Maßgeblich prägend ist das PSG II (Änderung im Begutachtungssystem des Begriffs der Pflegebedürftigkeit, Pflegestufen zu Pflegegraden = mehr Personen gelten als pflegebedürftig). Die Ausgaben der Hilfen zur Pflege steigen grds. über die Jahre an, in Bremen 41.04.02 Stadtgemeinde und Land, Land später anteilig in 41.21.01, in Bremerhaven ist das Sozialamt betroffen (Kapitel 6424).
- Veränderungen im Bereich der „Eingliederungshilfe“ durch das Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Einschränkungen in vier Stufen 2017-2023, hier ist bspw. die Zuordnung von Menschen in besonderen Wohnformen zu den Leistungsberechtigten mit Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zu nennen. Verlagerung des Aufgabenbereichs in das SGB IX, in Bremen 41.02.01 Land und Stadtgemeinde, Land später anteilig in 41.21.01, in Bremerhaven ist das Sozialamt (Kapitel 6428-6430) betroffen.
- 2020 folgt das „Angehörigen-Entlastungsgesetz“. Inhalt: Heranziehung unterhaltsverpflichteter Eltern und Kinder von Leistungsbeziehern und Leistungsbezieherinnen der Sozialhilfe erst bei Überschreitung eines Jahresbruttoeinkommens von 100.000 Euro. Mögliche Mindereinnahmen in verschiedenen Bereichen können die Folge sein.

- Ab 2020 bis ca. 2022/23: „Coronakrise“ mit verschiedenen auch fiskalischen Effekten. Entlastungen wurden teilweise im Bremen-Fonds abgebildet. Merkbar ist seitdem die Erhöhung der Bundesbeteiligung KdU um 25% im Jahr 2020.
- Generell wirken sich Tarifabschlüsse, Teuerungsraten u.a. ausgabensteigernd auf das Leistungsspektrum aus, ab 2022-23 insbesondere die Inflations-/Energiekrise. Besonders ist aktuell festzustellen, dass in Folge der Inflations-/Energiekrise hohe Entgeltforderungen von Leistungserbringern folgten, insbesondere für stationäre Maßnahmen als auch für andere Leistungsangebote. Bedingt durch die inflations-, energie- und tarifbedingten Kostensteigerungen befindet sich das Entgeltniveau mittlerweile auf einem sehr hohen Stand. 2023 gab es hier eine einmalige Entlastung durch den einschlägigen Nachtragshaushalt.
- Ggü. den Kommunen gibt es die Beteiligung des Landes an verschiedenen Stellen. Die maßgeblichen sind die in den Leistungsbereichen Eingliederungshilfe, Hilfen zur Pflege, Hilfen zur Gesundheit, Blindenhilfe u.a. der SGB IX und XII. Hier gibt es aktuell eine Beteiligung des Landes an den Nettoausgaben von rd. 85%. Im UVG werden 43,33% der Ausgaben getragen. In anderen ausgewählten Bereichen trägt das Land 100% der Ausgaben, wie z.B. Landespflegegeld und Unterbringungen Forensik.
- Daneben gibt es eine Reihe weiterer Entwicklungen aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen u. a. Gründe, die zu Ausgabenanstiegen im „Sozialhaushalt“ führen können, z. B. wachsende individuelle Bedarfslagen von Menschen in verschiedenen Lebenslagen, Problematiken aufgrund des Verlusts von Wohnung oder des Konsums von Drogen.

8) Welche Ausgaben im Produktplan 41 / Ausschussbereich 5 fallen unter staatliche Leistungen gemäß dem Sozialgesetzbuch (SGB), die nicht vom Bund (oder gegebenenfalls vom Land) an das Land Bremen, die Stadt Bremen oder die Seestadt Bremerhaven erstattet werden? Wie hat sich dieser Ausgabenbereich seit dem Jahr 2000 entwickelt?

Im Sinne der Fragestellung wirken die Leistungen der SGB II, VIII, IX und XII auf die Einnahmen und Ausgaben im Wirkungsbereich des „Sozialhaushalts“. Bei allen der genannten SGB gibt es Bundes- und/oder Landesbeteiligungen in verschiedener Höhe. Bundesbeteiligungen liegen im SGB II (KdU, teilw. inkl. Anrechnungen anderer Entlastungstatbestände ohne BuT), im BuT (spezieller KdU-Bundesanteil für die Rechtskreise II, Wohngeld, Kindergeld) und im 4. Kapitel SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Nettoausgaben) sowie für den § 136 a SGB XII vor. Sämtliche Bundesbeteiligungen werden seitens des Landes an die Kommunen weitergereicht.

Landesbeteiligungen gibt es im SGB VIII für die Ausgaben für umA sowie für verschiedene Teile des SGB XII sowie für das SGB IX nach den jeweiligen Ausführungsgesetzen. Die aktuelle Quote des Landes beträgt rd. 85% der Nettoausgaben. Zu beachten ist dabei aber,

dass die Ausgaben und deren Steigerungen in den Kommunen letztlich maßgeblich vom Land getragen werden. Bundesbeteiligungen gibt es hier nicht. Betroffen sind im Land die PG 41.20.01, 41.21.01 sowie 41.23.01 bzw. vor der Land-Stadt-Trennung die jeweiligen Einzelproduktgruppen der Fachaufgaben. Insgesamt gesehen liegen steigende Ausgaben vor.

Nach Berücksichtigung der vorgenannten Ausführungen verbleiben die Ausgaben für die Aufgabenwahrnehmung des SGB VIII ohne umA (HzE) und des 3. Kapitels SGB XII („HLU“) als alleinige kommunale Angelegenheit. In Bremen Stadt siehe i.W. PG 41.01.03 und 04 sowie PG 41.05.03. In Bremerhaven sind sowohl Jugend- als auch das Sozialamt betroffen. In beiden Kommunen sind steigende Ausgaben festzustellen.

9) Wie schätzt der Senat den Spielraum für Konsolidierungsmaßnahmen im Rahmen des Produktplans 41 des Landes ein? In welchem Bereich sieht er Handlungsmöglichkeiten, welche konkreten Maßnahmen werden in Betracht gezogen, und in welchem Umfang plant der Senat, diese durchzuführen?

und

10) Wie schätzt der Senat den Spielraum für Konsolidierungsmaßnahmen im Rahmen des Produktplans 41 der Stadtgemeinde Bremen ein? In welchem Bereich sieht er Handlungsmöglichkeiten, welche konkreten Maßnahmen werden in Betracht gezogen, und in welchem Umfang plant der Senat, diese durchzuführen?

Wie schon oben dargestellt, bilden die Ausgaben der sog. Sozialleistungen i. w. S. (insbesondere nach den SGB II, VIII, IX, XII usw.) den Hauptteil des „Sozialhaushalts“ in den Gebietskörperschaften. Sie steigen grundsätzlich seit Jahren bundesweit an und belasten insbesondere die kommunalen Haushalte in hohem Maße. Die Bundesstatistiken für die SGB XII und VIII weisen für die jüngere Vergangenheit vor 2022 bundesweit immer Zuwachsraten von grds. über rd. +3% bis über +6% aus, auch wenn es immer wieder isolierte begründete Effekte mit anderen Zu- oder Abnahmewerten gibt. Die Sozialleistungen insgesamt steigen in besonderen Krisenjahren deutlich stärker an.

Durch die besonders hohe Anzahl an Geflüchteten in den Jahren 2015 und 2016 und ab 2022 nun auch durch den Ukraine-Krieg und den Anstieg der Zugänge anderer Geflüchteter verschärfte sich die haushaltsmäßige Belastung der Länder und Kommunen nochmals deutlich. Auch wenn sich die Zugänge seit dem zweiten Halbjahr 2016 bis 2020/21 deutlich reduziert haben, so hatten sich die Ausgaben auf einem deutlich höheren Niveau als vor 2015/16 stabilisiert, da sich eine hohe Anzahl geflüchteter Menschen weiterhin im Bezug von Sozialleistungen (AsylbLG, SGB VIII, SGB II und allgemeiner Nutzung der Versorgungs- und Unterbringungssysteme) befinden. Durch den Ukraine-Krieg sowie verstärkt durch die hohen Zugänge an anderen Geflüchteten haben die haushaltsmäßigen Belastungen wieder die Größenordnungen aus 2015-2016 erreicht bzw. übersteigen diese ggf. sogar.

Neben der Situation, dass Bremen aus den zwei Großstädten Bremen und Bremerhaven mit teilweise unterschiedlich ausgeprägten sozialen Problemlagen besteht, ist Bremen auch als Land u. a. wegen seiner Aufgaben als überörtlicher Sozialhilfe- bzw. Jugendhilfeträger betroffen.

Vor diesem Hintergrund kommen Steuerungsansätze zur Reduzierung des Ausgabenzuwachses (z. B. das Projekt Weiterentwicklung des Jugendamtes/JuWe/heute WiPPe (Wirkung messen, Prozesse prüfen, Personal entwickeln), Bekämpfung Pflegebetrug) und zur Gewinnung weiterer Einnahmen (früheres Projekt Forderungsmanagement) hohe Bedeutung zu. Beachtet werden muss jedoch, dass die anspruchsbegründenden Grundvoraussetzungen für den Bezug von Sozialleistungen (z. B. Arbeitslosigkeit, geringes Arbeitseinkommen, Eintreten von Pflegebedürftigkeit oder Behinderung, Flucht) oft nicht oder zumindest nicht direkt steuerbar sind bzw. nur durch langfristige gesellschaftspolitische Strategien, die oft auf Bundesebene anzusiedeln sind, in Teilen bzw. nur ansatzweise beeinflusst werden können.

Steuerungsansätze sind insbesondere alle Maßnahmen, die zur Verbesserung der Aufgabenwahrnehmung, zur Absenkung des Ausgabenzuwachses bzw. der Einnahmensteigerung und zur Bewältigung besonderer organisatorischer Herausforderungen (z.B. bei der Einführung neuer gesetzlicher Regelungen) genutzt werden können. Dabei kommt in Bremen den haushaltswirtschaftlichen Aspekten vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltsrahmenbedingungen eine besondere Bedeutung zu.

Eine erste Steuerungsstrategie u. a. zur Reduzierung des Ausgabezuwachses allgemein besteht darin, Bedarfe an Sozialleistungen durch eine präventiv ausgerichtete Politik zu verringern. Die Bremer Sozialpolitik versucht daher z. B. durch präventive sozialräumliche Projekte für Familien, Kinder und Jugendliche Hilfen zur Erziehung ggf. gar nicht oder weniger eingriffsintensiv notwendig werden zu lassen, Wohnungsverluste zu vermeiden, statt Obdachlosigkeit zu finanzieren, älteren Menschen Hilfen zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit anzubieten etc., Selbsthilfestrukturen und Nachbarschaftshilfen zu unterstützen und vorgelagerte Hilfesysteme (z. B. Pflegeversicherung) vorrangig zu nutzen.

Eine zweite Ebene der Steuerung ist die Gestaltung der jeweiligen Hilfesysteme. Hier sollen in der Regel ambulante Angebote vorrangig entwickelt und angesprochen werden, denn stationäre Hilfen sind nicht nur teurer, sondern schränken auch die Selbständigkeit und Selbstbestimmungsmöglichkeiten ein. Ambulante Leistungen sind i. d. R. kostengünstiger als stationäre Angebote; sie können im spezifischen Einzelfall aber auch kostenintensiver sein – in Abhängigkeit vom Hilfebedarf. Das fachpolitische Ziel ist es, möglichst viele Leistungen ambulant zu erbringen, um ein möglichst hohes Maß an Selbstbestimmung zu erreichen.

Die Hilfesysteme werden zudem differenziert und als gestuftes System konstruiert, um bedarfsgerechte Hilfen anbieten zu können und Überversorgungen zu vermeiden. Die einzelnen Angebote sind dann mit den Trägern so zu verhandeln, dass sie die fachlich notwendige Qualität zu möglichst günstigen Preisen bieten. Mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG FW) wird regelmäßig im Rahmen der Möglichkeiten mit dem Ziel verhandelt, neue Maßnahmen und Veränderungen möglichst

budgetneutral bzw. -schonend anzulegen und die Leistungsentgelte für stationäre Einrichtungen und ambulante Dienste sowie Leistungsangebote in Bremen so moderat zu steigern, dass auch – soweit möglich – dadurch ein Beitrag zur Haushaltssanierung geleistet werden kann. Die Entgelte sind allerdings in hohem Maße durch tarifbedingt regelmäßig steigende Personalkosten geprägt. Auch werden die vorgenannten Ansätze aktuell durch die Folgen der Inflations-/Energiekrise konterkariert.

Entgelte sind die gesetzlich vorgesehene Finanzierungsform für Dienstleistungen der Sozial- und Jugendhilfe sowie der Pflege, auf die bei Bedarf ein individueller Rechtsanspruch besteht, soweit dieser nicht z. B. durch Regelsatzzahlungen oder den Betrieb eigener Einrichtungen befriedigt werden kann. Sie müssen eine bedarfsgerechte Hilfe ermöglichen und einer leistungsgerechten Vergütung entsprechen. Die Bedarfsgerechtigkeit ist durch ausreichende Leistungsstandards (Betreuungszeiten; Betreuungspersonalschlüssel) zu gewährleisten. Die Vergütung gilt als leistungsgerecht, wenn die entgeltwirksamen Kosten wirtschaftlich und sparsam kalkuliert sind und sie sich im externen Vergleich mit den Entgelten anderer Anbieter als angemessen erweist. Das bedingt bei Entgeltverhandlungen zwei durch umfangreiche Rechtsprechung näher definierte Stufen der Wirtschaftlichkeitsprüfung:

- a. Interner Vergleich, der festzustellen hat, ob die vom Einrichtungsträger vorkalkulierten Kosten plausibel und nachvollziehbar sind.
- b. Externer Vergleich, um festzustellen, ob die resultierenden Entgelte im Verhältnis zu denen von Vergleichsanbietern das Kriterium der "Marktüblichkeit" erfüllen.

In diesem zweistufigen Verfahren gelingen Kostenbegrenzungen umso eher bzw. umso besser, je genauer und qualifizierter die Prüfungen und Verhandlungen durchgeführt werden (können), was entsprechende personelle Kapazitäten voraussetzt. Aufgrund der dreistelligen Millionenumsätze, um die es hierbei geht, führen auch kleine Einsparerfolge in der Summe zu nennenswerten Minderausgaben, soweit sie denn möglich sind.

Als dritte Steuerungsebene ist die Fallsteuerung zu nennen. Hier geht es darum, den einzelnen Anspruchsberechtigten die notwendige und geeignete Hilfe zu vermitteln, Selbsthilfemöglichkeiten auszuloten und ggf. zu aktivieren. Dazu werden fachbezogene Instrumente für die Hilfeplanung genutzt und ein kontinuierlicher Austausch in verschiedenen Gremien mit der Praxis geführt.

Gerade bei der Bewilligung von Zusatzbetreuungen für besondere Einzelfälle ist die Beteiligung der Behörde zur Bewertung des erforderlichen Umfangs ein wichtiger Steuerungsaspekt.

Landesgesetzlich wird die Finanzierungsquote zwischen Land und Kommunen geregelt. Die Finanzierungsquote führt zu einer einheitlichen und abgestimmten Fachsteuerung für die ambulanten und stationären Angebote im Land Bremen.

Die vorgenannten Maßnahmen und Handlungsmaximen dienen und dienen stets auch der Konsolidierung der Haushaltsentwicklung in allen Teilen des „Sozialhaushalts“. Jedoch sind allen Bemühungen immer auch enge Grenzen gesetzt. Konkrete anstehende Konsolidierungsvorhaben und -umsetzungsplanungen im Einzelfall für die Zukunft werden bei

entsprechender Beschlussreife von den zuständigen Gremien zu beraten und zu beschließen sein.

11) Wie schätzt der Senat den Spielraum für Konsolidierungsmaßnahmen im Rahmen des Ausschussbereichs 5 der Seestadt Bremerhaven ein? In welchem Bereich und Kapitel sieht der Senat, mit welchen Maßnahmen Handlungsmöglichkeiten?

Es wird davon ausgegangen, dass die Darstellungen zu den Fragen 9 und 10 in weiteren Teilen allgemein auch auf die Stadt Bremerhaven zutreffen. Insofern wird darauf verwiesen.

Darüber hinaus liegen seitens der Stadt Bremerhaven die folgenden Ausführungen vor:

Das Sozialamt nimmt nahezu ausschließlich Pflichtaufgaben aufgrund gesetzlicher Regelungen wahr. Es wird daher nur sehr wenig Spielraum für Konsolidierungsmaßnahmen gesehen.

Ebenso nimmt das Amt für Jugend, Familie und Frauen fast vollständig Pflichtaufgaben aufgrund gesetzlicher Regelungen wahr. Auch hier gibt es so gut wie keinen Spielraum für Konsolidierungsmaßnahmen.

Beschlussempfehlung:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) nimmt Kenntnis.

Anlage(n):

1. ANLAGE_Übersichten_Einnahmen_Ausgaben_HB + BHV

Anlage 1: Ausgaben Land Bremen in Tsd. Euro nach Produktgruppen

PG A Land	Inhalt	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
41.01.01	Junge Menschen	1.013	993	1.036	1.174	1.206	815	1.047	913	929	842	847	914	884	974	1.308
41.01.02	Tagesbetreuung (bis 2015)				1.200	4.200	4.926	8.714	11.723	14.769	19.715	23.766	17.952	17.519		
41.01.03	Hpts. ambulante HzE											819	525	477	479	523
41.01.04	Hpts stationäre HzE															
41.01.05	Bürg. Engagem., Selbsthilfe, Fam.-pol										97	106	171	152	152	137
41.01.06	Sonstiges HzE, SGB IX für Kinder	19	282	246	242	400	179	58	99	1.667	4.785	8.604	23.809	24.534	87.796	87.705
41.01.07	UVVG	10.410	9.618	9.706	9.822	9.657	9.806	9.188	10.278	10.453	10.386	10.303	9.616	10.421	10.775	11.985
41.02.01	Eingliederungshilfe	134.180	136.122	129.047	130.815	72.120	77.577	81.996	81.348	78.778	87.777	80.474	85.799	87.832	106.846	112.992
41.02.02	Leistg. zur rechtl. Betreuung (bis 2017)	171	155	155	147	140	134	132	128	134	129	130	130	130	131	133
41.02.03	Obdachlosenhilfe, später in 41.06.02															
41.02.04	Förderung des bürgerschaftl. Engagement (bis 2011)	61	236	202	106	218	51	119	153	150						
41.02.06	Zuwend. der offenen Behindertenhilfe															
41.03.01	Asyl / Hilfen Geflüchtete	1.187	1.104	1.069	806	699	996	1.028	1.303	1.364	1.576	2.484	3.778	18.158	61.679	22.861
41.03.02	Hilfen f. Migrant:innen (bis 2015 Hilfen für Spätaussiedler)	1													203	199
41.03.03	Integration (bis 2017)	656	845	830	762	745	717	715	737	759	497	498	545	442		
41.04.01	Präventive und offene Altenhilfe															
41.04.02	Hilfen zur Pflege	6.034	5.260	5.297	5.015	35.445	37.087	37.019	42.387	41.760	42.727	42.001	42.050	41.452	35.765	30.807
41.04.03	LPG, Blindenhilfe	2.818	2.854	2.762	2.981	3.136	3.309	3.295	3.374	3.372	3.323	2.675	3.162	3.185	3.426	3.559
41.04.04	Investitionsförderung f. Einrichtungen (bis 2017)	8.330	8.194	8.905	7.936	3.587	2.166	1.993	2.215	2.906	2.369	1.705	1.727	1.687	1.663	1.811
41.04.05	Sonstige Hilfen ältere Menschen															
41.05.01	bis 2004 BSHG/HLU, ab 2016 4. Kapitel SGB XII														90.277	96.105
41.05.02	Bis 2004 Grundsicherungsgesetz, später BuT	9.546	9.062								348	445	468	474	549	498
41.05.03	GSIAE, 3. Kap. SGB XII. Ab 2016 nur noch letzteres			10.917	12.479	10.106	10.400	6.253	7.928	8.989	28.544	57.552	82.196	86.800		
41.05.04	SGB II			56.813	60.400	63.518	57.194	52.146	48.593	75.979	77.675	80.384	79.058	86.900	92.258	117.944
41.06.01	Hilfen zur Gesundheit	1.053	171	577	482	2.616	2.113	1.895	2.228	2.156	1.930	2.143	2.043	2.093	2.795	2.425
41.06.02	Sonstige Hilfen	1.678	3.432	5.868	5.310	13.737	11.791	11.595	15.232	17.449	20.933	19.465	6.276	6.327	6.044	6.983
41.06.03	Sonstige Leistungen i.R.d. Sozialhilfe															
41.07.01	Leistungen f. Sucht- u. Drogenkranke (bis 2017)	3														
41.07.02	Eingliederungshilfe psychisch Kranke	5.461	15.884	17.123	17.948	41.947	32.935	35.737	35.288	37.389	36.458	37.618	38.416	38.602	32.792	33.996
41.07.03	Forensik						13.934	14.816	16.929	17.716	15.874	15.912	17.370	18.393	16.467	18.351
41.08.01	Hilfen zur Arbeit nach BSHG (Wegfall 2004)														517	533
41.08.02	Selbsthilfe /Beratung. v. Arbeitslosen (bis 2005)															
41.09.01	Amt für Versorgung und Integration (AVB) Stadt															
41.20.01	Sozialleistungen Jugend Land															
41.20.02	Kinder- und Jugendförderung Land															
41.20.03	Bürg.Engagem.,Selbsthilfe,Fam.pol. Land															
41.21.01	Sozialleistungen Soziales Land															
41.21.02	Leistungen zur rechtlichen Betreuung Land															
41.21.03	Hilfen f. Migrant:innen/Sonst. Angelegenh. Flüchtlinge Land															
41.21.04	Investitionsförderung f. Einrichtungen Land															
41.22.01	Übergreifende Integration, Migrations- und Integrationsbeauftragte															
41.23.01	Sozialleistungen Gesundheit inkl. Forensik															
41.24.01	Amt für Versorgung und Integration Land															
41.90.01	Senatorische Angelegenheiten - Zentr.Dienste Stadt	11.506	11.991	10.322	9.736	10.091	9.299	9.389	9.072	10.744	9.974	9.198	10.159	10.642	10.756	11.216
41.90.02	Senatorische Angelegenheiten - Junge Menschen Stadt	1.363	1.370	1.486	1.443	1.562	1.667	1.828	1.754	2.257	3.082	3.391	3.352	3.725	2.658	2.871
41.90.03	Senatorische Angelegenheiten - Soziales Stadt	2.872	3.398	3.588	3.854	3.725	3.263	3.146	3.213	3.329	3.160	3.127	3.478	3.467	3.371	3.365
41.90.04	Amt für Soziale Dienste Stadt															
41.90.05	Kommunale Aufgabenwahrnehmung Jobcenter Stadt															
41.91.01	Senatorische Angelegenheiten - Zentr.Dienste Land															
41.91.02	Senatorische Angelegenheiten - Junge Menschen Land															
41.91.03	Senatorische Angelegenheiten - Soziales Land															
Gesamt		198.363	210.973	265.948	272.659	278.858	280.360	282.109	294.894	333.049	372.202	403.645	432.992	464.295	568.376	568.304
Zum Vorjahr		-	6,4%	26,1%	2,5%	2,3%	0,5%	0,6%	4,5%	12,9%	11,8%	8,4%	7,3%	7,2%	22,4%	0,0%
Zum Jahr 2003		0,0%	6,4%	34,1%	37,5%	40,6%	41,3%	42,2%	48,7%	67,9%	87,6%	103,5%	118,3%	134,1%	186,5%	186,5%
Zahl der Einwohner:innen zum Stichtag 31.12.		663.129	663.213	663.467	663.979	663.082	661.866	661.716	660.706	652.182	654.774	657.391	661.888	671.489	678.753	681.032
Gesamtausgaben je Einwohner:in		299	318	401	411	421	424	426	446	511	568	614	654	691	837	834

*Die Bevölkerungszahlen für das Jahr 2023 standen zum Zeitpunkt der Erstellung der Tabelle noch nicht zur Verfügung, daher wurde für das Jahr 2023 die Einwohnerzahl des Jahres 2022 verwendet.

Anlage 1: Ausgaben Land Bremen in Tsd. Euro nach Produktgruppen								
PG A Land	Inhalt	2018	2019	2020	2021	2022	2023	Gesamt
41.01.01	Junge Menschen							14.895
41.01.02	Tagesbetreuung (bis 2015)							124.484
41.01.03	Hpts. ambulante HzE							2.823
41.01.04	Hpts stationäre HzE							
41.01.05	Bürg. Engagem., Selbsthilfe, Fam.-pol							815
41.01.06	Sonstiges HzE, SGB IX für Kinder							240.424
41.01.07	UVG							152.423
41.02.01	Eingliederungshilfe							1.483.703
41.02.02	Leistg. zur rechtl. Betreuung (bis 2017)							2.080
41.02.03	Obdachlosenhilfe, später in 41.06.02							
41.02.04	Förderung des bürgerschaftl. Engagement (bis 2011)							1.296
41.02.06	Zuwend. der offenen Behindertenhilfe							
41.03.01	Asyl / Hilfen Geflüchtete							120.094
41.03.02	Hilfen f. Migrant:innen (bis 2015 Hilfen für Spätaussiedler)							403
41.03.03	Integration (bis 2017)							8.747
41.04.01	Präventive und offene Altenhilfe							
41.04.02	Hilfen zur Pflege							450.105
41.04.03	LPG, Blindenhilfe							47.229
41.04.04	Investitionsförderung f. Einrichtungen (bis 2017)							57.195
41.04.05	Sonstige Hilfen ältere Menschen							
41.05.01	bis 2004 BSHG/HLU, ab 2016 4. Kapitel SGB XII							186.381
41.05.02	Bis 2004 Grundsicherungsgesetz, später BuT							21.390
41.05.03	GSIAE, 3. Kap. SGB XII. Ab 2016 nur noch letzteres							322.162
41.05.04	SGB II							948.860
41.06.01	Hilfen zur Gesundheit							26.719
41.06.02	Sonstige Hilfen							152.121
41.06.03	Sonstige Leistungen i.R.d. Sozialhilfe							
41.07.01	Leistungen f. Sucht- u. Drogenkranke (bis 2017)							3
41.07.02	Eingliederungshilfe psychisch Kranke							457.596
41.07.03	Forensik							165.762
41.08.01	Hilfen zur Arbeit nach BSHG (Wegfall 2004)							1.050
41.08.02	Selbsthilfe /Beratung. v. Arbeitslosen (bis 2005)							
41.09.01	Amt für Versorgung und Integration (AVB) Stadt							
41.20.01	Sozialleistungen Jugend Land	111.399	86.783	87.841	91.977	124.823	164.668	667.490
41.20.02	Kinder- und Jugendförderung Land	1.462	1.455	1.449	1.510	1.655	2.138	9.668
41.20.03	Bürg.Engagem.,Selbsthilfe,Fam.pol. Land	131	126	249	219	193	254	1.172
41.21.01	Sozialleistungen Soziales Land	382.827	402.946	501.414	514.585	566.999	582.295	2.951.064
41.21.02	Leistungen zur rechtlichen Betreuung Land	135	132	172	181	586	667	1.874
41.21.03	Hilfen f. Migrant:innen/Sonst. Angelegenh. Flüchtlinge Land	189	223	159	168	193	221	1.153
41.21.04	Investitionsförderung f. Einrichtungen Land	2.064	2.349	2.415	2.631	2.756	2.583	14.799
41.22.01	Übergreifende Integration, Migrations- und Integrationsbeauftragte	597	564	572	633	628	933	3.927
41.23.01	Sozialleistungen Gesundheit inkl. Forensik	52.135	56.095	64.467	67.133	69.312	73.767	382.908
41.24.01	Amt für Versorgung und Integration Land			22.821	24.290	24.620	24.530	96.260
41.90.01	Senatorische Angelegenheiten - Zentr.Dienste Stadt							154.097
41.90.02	Senatorische Angelegenheiten - Junge Menschen Stadt							33.811
41.90.03	Senatorische Angelegenheiten - Soziales Stadt							50.355
41.90.04	Amt für Soziale Dienste Stadt							
41.90.05	Kommunale Aufgabenwahrnehmung Jobcenter Stadt							
41.91.01	Senatorische Angelegenheiten - Zentr.Dienste Land	11.575	12.573	12.912	13.021	13.121	14.216	77.418
41.91.02	Senatorische Angelegenheiten - Junge Menschen Land	2.924	3.292	3.817	4.045	4.452	4.094	22.624
41.91.03	Senatorische Angelegenheiten - Soziales Land	4.003	4.589	7.199	7.025	7.754	8.296	38.865
Gesamt		569.440	571.128	705.487	727.417	817.091	878.661	9.496.249
Zum Vorjahr		0,2%	0,3%	23,5%	3,1%	12,3%	7,5%	
Zum Jahr 2003		187,1%	187,9%	255,7%	266,7%	311,9%	343,0%	
Zahl der Einwohner:innen zum Stichtag 31.12.		682.986	681.202	680.130	676.463	684.864	684.864*	
Gesamtausgaben je Einwohner:in		834	838	1.037	1.075	1.193	1.283	

*Die Bevölkerungszahlen für das Jahr 2023 standen zum Zeitpunkt der Erstellung der Tabel

Anlage 2: Einnahmen Land Bremen in Tsd. Euro nach Produktgruppen

PG E Land	Inhalt	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
41.01.01	Junge Menschen	96	178	295	386	418	189	331	264	215	614	255	290	350	353	555	
41.01.02	Tagesbetreuung (bis 2015)						626	3.405	3.531	3.716	3.230	5.209	1.308	93			
41.01.03	Hpts. ambulante HzE											816	526	495	513	504	
41.01.04	Hpts stationäre HzE																
41.01.05	Bürg. Engagem., Selbsthilfe, Fam.-pol										15	29	89	62	34		
41.01.06	Sonstiges HzE, SGB IX für Kinder																51.844
41.01.07	UVG	4.529	4.569	4.669	4.621	4.528	4.681	4.466	4.849	5.002	5.049	4.946	4.623	4.955	5.357	6.059	
41.02.01	Eingliederungshilfe																431
41.02.02	Leistg. zur rechtl. Betreuung (bis 2017)																
41.02.03	Obdachlosenhilfe, später in 41.06.02																
41.02.04	Förderung des bürgerschaftl. Engagement (bis 2011)		25	10	2	138	30	102	125	112							
41.02.06	Zuwend. der offenen Behindertenhilfe																
41.03.01	Asyl / Hilfen Geflüchtete	2		5	13	2	191	290	292	341	256	256	488	380	232	2.872	
41.03.02	Hilfen f. Migrant:innen (bis 2015 Hilfen für Spätaussiedler)															5	43
41.03.03	Integration (bis 2017)	1	4	8	11	1		10		2		1	3	13			
41.04.01	Präventive und offene Altenhilfe																
41.04.02	Hilfen zur Pflege																
41.04.03	LPG, Blindenhilfe																
41.04.04	Investitionsförderung f. Einrichtungen (bis 2017)												41	41			
41.04.05	Sonstige Hilfen ältere Menschen																
41.05.01	bis 2004 BSHG/HLU, ab 2016 4. Kapitel SGB XII														90.277	96.105	
41.05.02	Bis 2004 Grundsicherungsgesetz, später BuT	8.698	8.698								334	450	474	440	395	508	
41.05.03	GSIAE, 3. Kap. SGB XII. Ab 2016 nur noch letzteres			9.898	9.898	9.898	9.898	6.664	7.928	8.989	28.544	57.552	82.195	86.800			
41.05.04	SGB II			91.605	60.473	63.459	57.265	52.372	48.648	75.629	77.675	80.384	79.058	86.900	92.258	117.944	
41.06.01	Hilfen zur Gesundheit																
41.06.02	Sonstige Hilfen	33							46	6	416	4	4	8	324	286	
41.06.03	Sonstige Leistungen i.R.d. Sozialhilfe																
41.07.01	Leistungen f. Sucht- u. Drogenkranke (bis 2017)																
41.07.02	Eingliederungshilfe psychisch Kranke	40	30	43	35	30											
41.07.03	Forensik						24	21	49	50	50	37	29	146	227	130	
41.08.01	Hilfen zur Arbeit nach BSHG (Wegfall 2004)																
41.08.02	Selbsthilfe /Beratung. v. Arbeitslosen (bis 2005)																
41.09.01	Amt für Versorgung und Integration (AVIB) Stadt																
41.20.01	Sozialleistungen Jugend Land																19.053
41.20.02	Kinder- und Jugendförderung Land																764
41.20.03	Bürg.Engagem.,Selbsthilfe,Fam.pol. Land																
41.21.01	Sozialleistungen Soziales Land																209.120
41.21.02	Leistungen zur rechtlichen Betreuung Land																
41.21.03	Hilfen f. Migrant:innen/Sonst. Angelegenh. Flüchtlinge Land																58
41.21.04	Investitionsförderung f. Einrichtungen Land																
41.22.01	Übergreifende Integration, Migrations- und Integrationsbeauftragte																
41.23.01	Sozialleistungen Gesundheit inkl. Forensik																389
41.24.01	Amt für Versorgung und Integration Land																
41.90.01	Senatorische Angelegenheiten - Zentr.Dienste Stadt	10.072	5.198	6.488	5.494	5.002	5.045	4.582	4.202	4.320	5.595	6.101	5.451	5.220	5.526	5.811	
41.90.02	Senatorische Angelegenheiten - Junge Menschen Stadt						31	17	14	96	185	362	119	248	82	249	
41.90.03	Senatorische Angelegenheiten - Soziales Stadt								23	12	60			5	19	46	
41.90.04	Amt für Soziale Dienste Stadt																
41.90.05	Kommunale Aufgabenwahrnehmung Jobcenter Stadt																
41.91.01	Senatorische Angelegenheiten - Zentr.Dienste Land																4.860
41.91.02	Senatorische Angelegenheiten - Junge Menschen Land																399
41.91.03	Senatorische Angelegenheiten - Soziales Land																57
Gesamt		23.471	18.703	113.020	80.932	83.476	77.979	72.260	69.970	98.489	122.024	156.402	174.698	186.156	195.601	283.387	234.698
Zum Vorjahr		-	-20,3%	504,3%	-28,4%	3,1%	-6,6%	-7,3%	-3,2%	40,8%	23,9%	28,2%	11,7%	6,6%	5,1%	44,9%	-17,2%
Zum Jahr 2003		0,0%	-20,3%	381,5%	244,8%	255,6%	232,2%	207,9%	198,1%	319,6%	419,9%	566,4%	644,3%	693,1%	733,4%	1107,4%	899,9%
Zahl der Einwohner:innen zum Stichtag 31.12.		663.129	663.213	663.467	663.979	663.082	661.866	661.716	660.706	652.182	654.774	657.391	661.888	671.489	678.753	681.032	682.986
Gesamteinnahmen je Einwohner:in		35	28	170	122	126	118	109	106	151	186	238	264	277	288	416	344

*Die Bevölkerungszahlen für das Jahr 2023 standen zum Zeitpunkt der Erstellung der Tabelle noch nicht zur Verfügung, daher wurde für das Jahr 2023 die Einwohnerzahl des Jahres 2022 verwendet.

Anlage 2: Einnahmen Land Bremen in Tsd. Euro nach Produktgruppen							
PG E Land	Inhalt	2019	2020	2021	2022	2023	Gesamt
41.01.01	Junge Menschen						4.789
41.01.02	Tagesbetreuung (bis 2015)						21.119
41.01.03	Hpts. ambulante HzE						2.854
41.01.04	Hpts stationäre HzE						
41.01.05	Bürg. Engagem., Selbsthilfe, Fam.-pol						229
41.01.06	Sonstiges HzE, SGB IX für Kinder						51.844
41.01.07	UVG						72.903
41.02.01	Eingliederungshilfe						431
41.02.02	Leistg. zur rechtl. Betreuung (bis 2017)						
41.02.03	Obdachlosenhilfe, später in 41.06.02						
41.02.04	Förderung des bürgerschaftl. Engagement (bis 2011)						544
41.02.06	Zuwend. der offenen Behindertenhilfe						
41.03.01	Asyl / Hilfen Geflüchtete						5.619
41.03.02	Hilfen f. Migrant:innen (bis 2015 Hilfen für Spätaussiedler)						48
41.03.03	Integration (bis 2017)						53
41.04.01	Präventive und offene Altenhilfe						
41.04.02	Hilfen zur Pflege						
41.04.03	LPG, Blindenhilfe						
41.04.04	Investitionsförderung f. Einrichtungen (bis 2017)						81
41.04.05	Sonstige Hilfen ältere Menschen						
41.05.01	bis 2004 BSHG/HLU, ab 2016 4. Kapitel SGB XII						186.381
41.05.02	Bis 2004 Grundsicherungsgesetz, später BuT						19.997
41.05.03	GSIAE, 3. Kap. SGB XII. Ab 2016 nur noch letzteres						318.261
41.05.04	SGB II						983.668
41.06.01	Hilfen zur Gesundheit						
41.06.02	Sonstige Hilfen						1.127
41.06.03	Sonstige Leistungen i.R.d. Sozialhilfe						
41.07.01	Leistungen f. Sucht- u. Drogenkranke (bis 2017)						
41.07.02	Eingliederungshilfe psychisch Kranke						179
41.07.03	Forensik						762
41.08.01	Hilfen zur Arbeit nach BSHG (Wegfall 2004)						
41.08.02	Selbsthilfe /Beratung. v. Arbeitslosen (bis 2005)						
41.09.01	Amt für Versorgung und Integration (AVIB) Stadt						
41.20.01	Sozialleistungen Jugend Land	40.202	17.706	16.955	19.022	20.229	133.167
41.20.02	Kinder- und Jugendförderung Land	664	673	711	816	1.264	4.891
41.20.03	Bürg.Engagem.,Selbsthilfe,Fam.pol. Land			10	2	2	14
41.21.01	Sozialleistungen Soziales Land	222.579	304.597	310.496	313.278	349.158	1.709.228
41.21.02	Leistungen zur rechtlichen Betreuung Land					66	66
41.21.03	Hilfen f. Migrant:innen/Sonst. Angelegenh. Flüchtlinge Land	9	2	10	14	20	112
41.21.04	Investitionsförderung f. Einrichtungen Land	41		41			81
41.22.01	Übergreifende Integration, Migrations- und Integrationsbeauftragte		20	20	26	431	498
41.23.01	Sozialleistungen Gesundheit inkl. Forensik	687	62	234	135	124	1.630
41.24.01	Amt für Versorgung und Integration Land		12.522	13.531	13.820	13.350	53.222
41.90.01	Senatorische Angelegenheiten - Zentr.Dienste Stadt						84.107
41.90.02	Senatorische Angelegenheiten - Junge Menschen Stadt						1.403
41.90.03	Senatorische Angelegenheiten - Soziales Stadt						164
41.90.04	Amt für Soziale Dienste Stadt						
41.90.05	Kommunale Aufgabenwahrnehmung Jobcenter Stadt						
41.91.01	Senatorische Angelegenheiten - Zentr.Dienste Land	5.002	5.341	5.256	6.660	6.670	33.788
41.91.02	Senatorische Angelegenheiten - Junge Menschen Land	441	735	672	629	488	3.363
41.91.03	Senatorische Angelegenheiten - Soziales Land	205	193	118	77	47	697
Gesamt		269.828	341.852	348.054	354.479	391.847	3.697.325
Zum Vorjahr		15,0%	26,7%	1,8%	1,8%	10,5%	
Zum Jahr 2003		1049,6%	1356,5%	1382,9%	1410,3%	1569,5%	
Zahl der Einwohner:innen zum Stichtag 31.12.		681.202	680.130	676.463	684.864	684.864*	
Gesamteinnahmen je Einwohner:in		396	503	515	518	572	

*Die Bevölkerungszahlen für das Jahr 2023 standen zum Zeitpunkt der Erstellung der

Anlage 3: Einnahmen Bundesbeteiligungen Land Bremen in Tsd. Euro

Hst.	Bezeichnung	Gruppierung	2003	2004	2005	2006
0408.23135-3	Zuweisungen vom Bund für Ausgaben durch Einführungdes Grundsicherun	Bundesbeteiligung an den Kosten der Grundsicherung gem. § 46a SGB XII	8.698	8.698	9.898	9.898
0408.23120-5	Erstattungen vom Bund für Leistungen nachdem Unterhaltsvorschussgesetz	Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterhaltsvorschussleistungen gem. § 8 UVG	3.406	3.691	3.712	3.779
0408.23110-8	Bundesanteil Kosten der Unterkunft	Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft gem. § 46 SGB II				60.473
0408.23610-0	Erstattungen der Bundesagentur für vorgeleisteteAlg II-Leistungen	Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft gem. § 46 SGB II			57.105	
diverse		Sonstige Bundesbeteiligungen	22	377	782	772
Gesamt			12.126	12.765	71.497	74.922
Zum Vorjahr			-	5,3%	460,1%	4,8%
Zum Jahr 2003			0,0%	5,3%	489,6%	517,9%

Anlage 3: Einnahmen Bundesbeteiligungen Land Bremen in Tsd. Euro

Hst.	Bezeichnung	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
0408.23135-3	Zuweisungen vom Bund für Ausgaben durch Einführungdes Grundsicherun	9.898	9.898	6.664	7.928	8.989	28.544	57.552	82.195	86.800	90.277
0408.23120-5	Erstattungen vom Bund für Leistungen nachdem Unterhaltsvorschussgeset	3.719	3.758	3.504	3.951	4.004	3.961	3.943	3.678	3.998	4.084
0408.23110-8	Bundesanteil Kosten der Unterkunft	63.459	57.265	52.372	48.648	75.629	77.675	80.384	79.058	86.900	92.258
0408.23610-0	Erstattungen der Bundesagentur für vorgeleisteteAlg II-Leistungen										
diverse		883	472	1.127	659	662	765	1.690	1.394	1.651	2.010
Gesamt		77.959	71.393	63.667	61.185	89.283	110.945	143.568	166.325	179.349	188.629
Zum Vorjahr		4,1%	-8,4%	-10,8%	-3,9%	45,9%	24,3%	29,4%	15,9%	7,8%	5,2%
Zum Jahr 2003		542,9%	488,8%	425,1%	404,6%	636,3%	815,0%	1084,0%	1271,7%	1379,1%	1455,6%

Anlage 3: Einnahmen Bundesbeteiligungen Land Bremen in Tsd. Euro

Hst.	Bezeichnung	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	Gesamt
0408.23135-3	Zuweisungen vom Bund für Ausgaben durch Einführungdes Grundsicherun	96.105	82.428	101.238	110.567	119.223	127.497	143.377	1.206.367
0408.23120-5	Erstattungen vom Bund für Leistungen nachdem Unterhaltsvorschussgeset	5.021	11.249	11.799	12.667	13.706	15.269	16.513	139.412
0408.23110-8	Bundesanteil Kosten der Unterkunft	117.944	123.156	118.779	192.348	186.823	179.112	203.054	1.895.334
0408.23610-0	Erstattungen der Bundesagentur für vorgeleisteteAlg II-Leistungen								57.105
diverse		4.809	5.191	3.810	5.888	6.031	5.578	5.379	49.953
Gesamt		223.878	222.024	235.627	321.470	325.782	327.456	368.324	3.348.171
Zum Vorjahr		18,7%	-0,8%	6,1%	36,4%	1,3%	0,5%	12,5%	
Zum Jahr 2003		1746,3%	1731,0%	1843,2%	2551,1%	2586,7%	2600,5%	2937,5%	

Anlage 4: Einnahmen Stadt Bremen in Tsd. Euro nach Produktgruppen

PG E Stadt	Inhalt	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
41.01.01	Junge Menschen	4.131	2.374	3.826	3.187	2.381	2.090	4.059	675	788	772	1.666	938	930	903	928	950
41.01.02	Tagesbetreuung (bis 2015)	5.011	5.893	48	1.088	3.685	3.708	7.555	10.039	11.793	13.277	16.387	14.629	15.046	623	40	
41.01.03	Hpts. ambulante HzE	20	6	3	43	190	318	931	1.130	1.168	1.218	1.918	1.882	1.777	2.183	2.196	2.663
41.01.04	Hpts stationäre HzE	2.937	3.131	3.055	2.753	2.960	3.952	3.779	5.133	6.620	5.158	4.587	4.872	5.231	5.361	7.886	8.241
41.01.05	Bürg. Engagem., Selbsthilfe, Fam.-pol										296	131	149	129	180	231	133
41.01.06	Sonstiges HzE, SGB IX für Kinder	766	1.049	1.314	1.583	1.320	1.708	769	2.869	1.483	2.320	5.035	16.878	21.548	89.496	104.366	84.536
41.01.07	UVG	8.601	7.691	7.896	7.944	7.775	8.047	7.568	8.316	8.510	8.597	8.506	7.787	8.675	9.366	9.771	19.230
41.02.01	Eingliederungshilfe	118.303	125.235	119.923	124.133	61.294	62.386	65.525	68.038	64.509	75.179	67.325	73.090	74.678	90.624	95.963	97.836
41.02.02	Leistg. zur rechtl. Betreuung (bis 2017)																
41.02.03	Obdachlosenhilfe, später in 41.06.02	1.052	1.450	823	745	633	452	390	284	293	261	232	183	245			
41.02.04	Förderung des bürgerschaftl. Engagement (bis 2011)	1.721	1.616	1.773	1.581	1.340	1.390	2.765	150	120							
41.02.06	Zuwend. der offenen Behindertenhilfe																
41.03.01	Asyl / Hilfen Geflüchtete	8	8	10	49	6	45	7	191	116	219	210	246	392	840	7.562	6.204
41.03.02	Hilfen f. Migrant:innen (bis 2015 Hilfen für Spätaussiedler)	943	936	950	1.201	1.072	300	245	171	163	139	148	84	76	116		
41.03.03	Integration (bis 2017)																
41.04.01	Präventive und offene Altenhilfe	4	3										21	39	113	80	167
41.04.02	Hilfen zur Pflege	5.850	4.142	4.330	4.074	31.523	33.180	33.095	34.988	36.465	36.917	37.240	36.939	35.874	30.834	27.204	25.992
41.04.03	LPG, Blindenhilfe	2.027	2.070	2.016	1.963	2.158	2.402	2.431	2.429	2.436	2.513	2.019	2.521	2.529	2.767	2.899	2.767
41.04.04	Investitionsförderung f. Einrichtungen (bis 2017)																
41.04.05	Sonstige Hilfen ältere Menschen		27														
41.05.01	bis 2004 BSHG/HLU, ab 2016 4. Kapitel SGB XII	16.782	25.982	10.439	6.595	4.915									75.404	81.042	70.112
41.05.02	Bis 2004 Grundsicherungsgesetz, später BuT	10.042	8.893							15.982	16.532	18.646	16.870	12.504	14.738	15.202	14.966
41.05.03	GSIAE, 3. Kap. SGB XII. Ab 2016 nur noch letzteres			8.870	9.981	8.626	11.085	7.655	8.517	9.429	24.919	48.099	68.040	72.433	1.302	1.308	1.029
41.05.04	SGB II			56.447	60.619	61.688	59.895	56.192	54.569	61.084	64.026	66.288	69.814	77.208	82.142	107.525	88.060
41.06.01	Hilfen zur Gesundheit	26	19	29	12	2.085	1.655	1.416	1.810	1.701	1.499	1.747	1.719	2.581	2.287	2.130	2.166
41.06.02	Sonstige Hilfen	5.022	6.899	7.604	7.057	15.031	13.370	12.758	12.343	13.405	13.089	13.789	5.555	5.893	4.913	5.455	5.276
41.06.03	Sonstige Leistungen i.R.d. Sozialhilfe																
41.07.01	Leistungen f. Sucht- u. Drogenkranke (bis 2017)	110	98	124	42	71	55										
41.07.02	Eingliederungshilfe psychisch Kranke					20.945	25.127	27.340	27.957	29.250	28.243	29.636	30.041	30.594	25.849	27.601	28.303
41.07.03	Forensik																
41.08.01	Hilfen zur Arbeit nach BSHG (Wegfall 2004)																
41.08.02	Selbsthilfe /Beratung. v. Arbeitslosen (bis 2005)																
41.09.01	Amt für Versorgung und Integration (AVIB) Stadt																
41.20.01	Sozialleistungen Jugend Land																
41.20.02	Kinder- und Jugendförderung Land																
41.20.03	Bürg.Engagem.,Selbsthilfe,Fam.pol. Land																
41.21.01	Sozialleistungen Soziales Land																
41.21.02	Leistungen zur rechtlichen Betreuung Land																
41.21.03	Hilfen f. Migrant:innen/Sonst. Angelegenh. Flüchtlinge Land																
41.21.04	Investitionsförderung f. Einrichtungen Land																
41.22.01	Übergreifende Integration, Migrations- und Integrationsbeauftragte																
41.23.01	Sozialleistungen Gesundheit inkl. Forensik																
41.24.01	Amt für Versorgung und Integration Land																
41.90.01	Senatorische Angelegenheiten - Zentr.Dienste Stadt	3.045							226	733	83	5	900	87	58	358	123
41.90.02	Senatorische Angelegenheiten - Junge Menschen Stadt																
41.90.03	Senatorische Angelegenheiten - Soziales Stadt			44	2	25	5		14	3	131	3	52	150	229	799	341
41.90.04	Amt für Soziale Dienste Stadt	427	1.989	2.565	717	1.245	590	473	577	653	1.032	589	702	967	2.507	15.982	647
41.90.05	Kommunale Aufgabenwahrnehmung Jobcenter Stadt																25.311
41.91.01	Senatorische Angelegenheiten - Zentr.Dienste Land																
41.91.02	Senatorische Angelegenheiten - Junge Menschen Land																
41.91.03	Senatorische Angelegenheiten - Soziales Land																
Gesamt		186.827	199.509	232.089	235.371	230.969	231.759	234.955	240.426	266.706	296.420	324.209	353.911	369.586	442.837	516.528	485.051
Zum Vorjahr		-	6,8%	16,3%	1,4%	-1,9%	0,3%	1,4%	2,3%	10,9%	11,1%	9,4%	9,2%	4,4%	19,8%	16,6%	-6,1%
Zum Jahr 2003		0,0%	6,8%	24,2%	26,0%	23,6%	24,1%	25,8%	28,7%	42,8%	58,7%	73,5%	89,4%	97,8%	137,0%	176,5%	159,6%
Zahl der Einwohner:innen zum Stichtag 31.12.		544.853	545.932	546.852	547.934	547.769	547.360	547.685	547.340	544.043	546.451	548.547	551.767	557.464	565.719	568.006	569.352
Gesamteinnahmen je Einwohner:in		343	365	424	430	422	423	429	439	490	542	591	641	663	783	909	852

*Die Bevölkerungszahlen für das Jahr 2023 standen zum Zeitpunkt der Erstellung der Tabelle noch nicht zur Verfügung, daher wurde für das Jahr 2023 die Einwohnerzahl des Jahres 2022 verwendet.

Anlage 4: Einnahmen Stadt Bremen in Tsd. Euro nach Produktgruppen

PG E Stadt	Inhalt	2019	2020	2021	2022	2023	Gesamt
41.01.01	Junge Menschen	892	1.113	1.512	2.157	1.522	37.792
41.01.02	Tagesbetreuung (bis 2015)						108.822
41.01.03	Hpts. ambulante HzE	3.162	4.897	4.288	4.109	3.876	37.976
41.01.04	Hpts stationäre HzE	6.395	7.908	6.990	6.121	6.383	109.454
41.01.05	Bürg. Engagem., Selbsthilfe, Fam.-pol	342	155	207	171	149	2.274
41.01.06	Sonstiges HzE, SGB IX für Kinder	57.823	56.171	54.581	82.174	114.537	702.324
41.01.07	UVG	21.369	22.721	24.779	28.211	30.699	272.060
41.02.01	Eingliederungshilfe	102.199	92.377	98.614	95.096	100.469	1.872.797
41.02.02	Leistg. zur rechtl. Betreuung (bis 2017)						
41.02.03	Obdachlosenhilfe, später in 41.06.02						7.044
41.02.04	Förderung des bürgerschaftl. Engagement (bis 2011)						12.455
41.02.06	Zuwend. der offenen Behindertenhilfe						
41.03.01	Asyl / Hilfen Geflüchtete	8.294	6.406	6.111	9.186	11.681	57.790
41.03.02	Hilfen f. Migrant:innen (bis 2015 Hilfen für Spätaussiedler)			7			6.552
41.03.03	Integration (bis 2017)						
41.04.01	Präventive und offene Altenhilfe	9			27		462
41.04.02	Hilfen zur Pflege	27.943	42.579	49.054	41.531	46.197	625.948
41.04.03	LPG, Blindenhilfe	2.689	2.679	2.691	2.647	2.706	51.359
41.04.04	Investitionsförderung f. Einrichtungen (bis 2017)						
41.04.05	Sonstige Hilfen ältere Menschen						27
41.05.01	bis 2004 BSHG/HLU, ab 2016 4. Kapitel SGB XII	85.720	93.439	101.557	108.128	120.885	801.000
41.05.02	Bis 2004 Grundsicherungsgesetz, später BuT	14.966	16.554	14.904	14.551	20.159	225.510
41.05.03	GSIAE, 3. Kap. SGB XII. Ab 2016 nur noch letzteres	1.006	747	1.115	1.054	1.010	286.227
41.05.04	SGB II	84.556	146.010	141.294	133.161	147.565	1.618.143
41.06.01	Hilfen zur Gesundheit	1.874	1.250	1.037	1.075	1.245	29.364
41.06.02	Sonstige Hilfen	5.735	6.892	7.521	10.874	5.651	184.132
41.06.03	Sonstige Leistungen i.R.d. Sozialhilfe						
41.07.01	Leistungen f. Sucht- u. Drogenkranke (bis 2017)						500
41.07.02	Eingliederungshilfe psychisch Kranke	30.556	34.225	37.376	40.358	42.101	515.503
41.07.03	Forensik						
41.08.01	Hilfen zur Arbeit nach BSHG (Wegfall 2004)			64	127	71	262
41.08.02	Selbsthilfe /Beratung. v. Arbeitslosen (bis 2005)						
41.09.01	Amt für Versorgung und Integration (AVIB) Stadt		119	99	57	37	311
41.20.01	Sozialleistungen Jugend Land						
41.20.02	Kinder- und Jugendförderung Land						
41.20.03	Bürg.Engagem.,Selbsthilfe,Fam.pol. Land						
41.21.01	Sozialleistungen Soziales Land						
41.21.02	Leistungen zur rechtlichen Betreuung Land						
41.21.03	Hilfen f. Migrant:innen/Sonst. Angelegenh. Flüchtlinge Land						
41.21.04	Investitionsförderung f. Einrichtungen Land						
41.22.01	Übergreifende Integration, Migrations- und Integrationsbeauftragte						
41.23.01	Sozialleistungen Gesundheit inkl. Forensik						
41.24.01	Amt für Versorgung und Integration Land						
41.90.01	Senatorische Angelegenheiten - Zentr.Dienste Stadt	88	122	294	65	316	6.503
41.90.02	Senatorische Angelegenheiten - Junge Menschen Stadt						
41.90.03	Senatorische Angelegenheiten - Soziales Stadt	138	1.631	1.459	1.549	1.596	8.172
41.90.04	Amt für Soziale Dienste Stadt	1.637	4.445	1.101	1.071	1.078	40.992
41.90.05	Kommunale Aufgabenwahrnehmung Jobcenter Stadt	27.444	28.721	29.284	30.277	30.421	171.458
41.91.01	Senatorische Angelegenheiten - Zentr.Dienste Land						
41.91.02	Senatorische Angelegenheiten - Junge Menschen Land						
41.91.03	Senatorische Angelegenheiten - Soziales Land						
Gesamt		484.836	571.160	585.939	613.776	690.353	7.793.216
Zum Vorjahr		0,0%	17,8%	2,6%	4,8%	12,5%	
Zum Jahr 2003		159,5%	205,7%	213,6%	228,5%	269,5%	
Zahl der Einwohner:innen zum Stichtag 31.12.		567.559	566.573	563.290	569.396	569.396*	
Gesamteinnahmen je Einwohner:in		854	1.008	1.040	1.078	1.212	

*Die Bevölkerungszahlen für das Jahr 2023 standen zum Zeitpunkt der Erstellung de

Anlage 5: Ausgaben Stadt Bremen in Tsd. Euro nach Produktgruppen

PG A Stadt	Inhalt	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
41.01.01	Junge Menschen	13.782	15.026	14.483	13.270	13.246	12.948	14.291	13.792	14.278	13.213	13.401	13.953	13.336	13.989
41.01.02	Tagesbetreuung (bis 2015)	81.979	87.732	80.672	80.193	81.450	89.020	109.744	118.070	122.718	136.023	152.093	156.957	179.980	2.784
41.01.03	Hpts. ambulante HzE	35.625	35.440	36.920	37.800	44.532	49.992	56.988	64.293	67.042	62.537	69.693	78.810	80.105	85.341
41.01.04	Hpts stationäre HzE	42.259	44.673	41.579	38.075	42.409	48.933	54.368	70.720	69.498	78.893	91.117	96.693	122.749	150.760
41.01.05	Bürg. Engagem., Selbsthilfe, Fam.-pol										1.392	1.388	1.389	1.435	1.993
41.01.06	Sonstiges HzE, SGB IX für Kinder	5.189	4.843	5.326	4.388	4.515	5.522	5.336	6.627	5.877	6.814	6.215	19.989	32.416	50.782
41.01.07	UVG	8.652	8.931	9.099	9.142	9.010	9.229	8.656	9.583	9.762	9.818	9.738	9.648	10.014	10.582
41.02.01	Eingliederungshilfe	77.188	84.562	82.191	78.284	77.773	81.998	85.419	89.185	93.824	91.718	94.100	99.630	101.629	99.834
41.02.02	Leistg. zur rechtl. Betreuung (bis 2017)														
41.02.03	Obdachlosenhilfe, später in 41.06.02	4.435	4.418	3.199	2.487	2.432	1.781	1.635	1.453	1.220	1.248	1.375	1.356	1.305	
41.02.04	Förderung des bürgerschaftl. Engagement (bis 2011)	2.815	2.166	1.767	866	866	864	845	846	929					
41.02.06	Zuwend. der offenen Behindertenhilfe				577	575	535	534	608	624	580	558	551	535	554
41.03.01	Asyl / Hilfen Geflüchtete	24.359	23.256	22.936	22.376	22.278	20.423	19.102	20.181	19.769	21.199	24.357	48.425	114.433	134.864
41.03.02	Hilfen f. Migrant:innen (bis 2015 Hilfen für Spätaussiedler)	1.698	1.433	1.398	917	817	640	648	776	780	557	367	226	209	411
41.03.03	Integration (bis 2017)	86			159	159	152	74	80	75	71	96	129	233	
41.04.01	Präventive und offene Altenhilfe	2.540	3.155	3.091	2.967	2.842	3.020	2.758	2.875	2.812	2.730	2.786	2.749	2.808	3.415
41.04.02	Hilfen zur Pflege	37.606	38.278	36.768	36.819	39.209	41.407	41.347	44.298	45.879	46.770	46.899	49.504	48.760	46.315
41.04.03	LPG, Blindenhilfe	2.027	2.132	2.075	2.691	2.634	2.520	2.559	2.567	2.572	2.650	2.661	2.660	2.637	2.740
41.04.04	Investitionsförderung f. Einrichtungen (bis 2017)														
41.04.05	Sonstige Hilfen ältere Menschen	280	233	222	266	281	354	255	301	241					
41.05.01	bis 2004 BSHG/HLU, ab 2016 4. Kapitel SGB XII	164.676	158.551	4.020	302	490									76.348
41.05.02	Bis 2004 Grundsicherungsgesetz, später BuT	20.516	31.631							10.433	15.554	16.315	13.872	15.185	14.782
41.05.03	GSIAE, 3. Kap. SGB XII. Ab 2016 nur noch letzteres			53.257	54.209	55.448	50.567	53.692	57.454	59.970	64.064	69.042	74.016	77.734	17.775
41.05.04	SGB II			202.385	184.986	180.900	180.812	188.461	196.901	196.848	208.828	216.088	222.934	225.242	234.642
41.06.01	Hilfen zur Gesundheit	33.447	31.972	17.933	13.338	14.696	12.463	11.554	14.866	12.536	10.999	10.638	11.585	10.639	12.408
41.06.02	Sonstige Hilfen	16.385	22.351	20.628	15.797	14.797	14.492	14.990	15.021	17.309	17.019	17.651	7.530	7.393	9.476
41.06.03	Sonstige Leistungen i.R.d. Sozialhilfe														
41.07.01	Leistungen f. Sucht- u. Drogenkranke (bis 2017)	2.474	2.534	2.173	861	773	729	689	598	522	425	423	427	418	
41.07.02	Eingliederungshilfe psychisch Kranke	18.131	22.286	22.866	28.195	29.943	31.761	34.104	35.978	37.440	37.047	38.885	40.569	41.486	40.724
41.07.03	Forensik														
41.08.01	Hilfen zur Arbeit nach BSHG (Wegfall 2004)	27.707	19.730	1.651											2.792
41.08.02	Selbsthilfe /Beratung. v. Arbeitslosen (bis 2005)	272	269	62											
41.09.01	Amt für Versorgung und Integration (AVIB) Stadt														
41.20.01	Sozialleistungen Jugend Land														
41.20.02	Kinder- und Jugendförderung Land														
41.20.03	Bürg.Engagem.,Selbsthilfe,Fam.pol. Land														
41.21.01	Sozialleistungen Soziales Land														
41.21.02	Leistungen zur rechtlichen Betreuung Land														
41.21.03	Hilfen f. Migrant:innen/Sonst. Angelegenh. Flüchtlinge Land														
41.21.04	Investitionsförderung f. Einrichtungen Land														
41.22.01	Übergreifende Integration, Migrations- und Integrationsbeauftragte														
41.23.01	Sozialleistungen Gesundheit inkl. Forensik														
41.24.01	Amt für Versorgung und Integration Land														
41.90.01	Senatorische Angelegenheiten - Zentr.Dienste Stadt	4.472	1.681	1.739	815	822	706	755	1.041	991	861	833	827	737	1.777
41.90.02	Senatorische Angelegenheiten - Junge Menschen Stadt	618						301	327	324	303	300			
41.90.03	Senatorische Angelegenheiten - Soziales Stadt	200		44	2	25	5		3	3	3	10	10	143	237
41.90.04	Amt für Soziale Dienste Stadt	25.017	25.944	21.805	19.578	19.675	20.667	20.317	19.709	16.163	15.075	15.567	14.201	15.210	29.169
41.90.05	Kommunale Aufgabenwahrnehmung Jobcenter Stadt														
41.91.01	Senatorische Angelegenheiten - Zentr.Dienste Land														
41.91.02	Senatorische Angelegenheiten - Junge Menschen Land														
41.91.03	Senatorische Angelegenheiten - Soziales Land														
Gesamt		654.438	673.229	690.289	649.362	662.596	681.542	729.419	788.154	810.442	846.391	902.597	968.642	1.106.770	1.044.493
Zum Vorjahr		-	2,9%	2,5%	-5,9%	2,0%	2,9%	7,0%	8,1%	2,8%	4,4%	6,6%	7,3%	14,3%	-5,6%
Zum Jahr 2003		0,0%	2,9%	5,5%	-0,8%	1,2%	4,1%	11,5%	20,4%	23,8%	29,3%	37,9%	48,0%	69,1%	59,6%
Zahl der Einwohner:innen zum Stichtag 31.12.		544.853	545.932	546.852	547.934	547.769	547.360	547.685	547.340	544.043	546.451	548.547	551.767	557.464	565.719
Gesamtausgaben je Einwohner:in		1.201	1.233	1.262	1.185	1.210	1.245	1.332	1.440	1.490	1.549	1.645	1.756	1.985	1.846

*Die Bevölkerungszahlen für das Jahr 2023 standen zum Zeitpunkt der Erstellung der Tabelle noch nicht zur Verfügung, daher wurde für das Jahr 2023 die Einwohnerzahl des Jahres 2022 verwendet.

Anlage 5: Ausgaben Stadt Bremen in Tsd. Euro nach Produktgruppen

PG A Stadt	Inhalt	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	Gesamt
41.01.01	Junge Menschen	14.755	14.880	15.177	17.703	18.600	19.381	18.754	312.259
41.01.02	Tagesbetreuung (bis 2015)	46							1.479.461
41.01.03	Hpts. ambulante HzE	81.035	85.074	97.507	89.321	96.739	99.846	109.217	1.463.856
41.01.04	Hpts stationäre HzE	177.764	168.445	152.827	147.179	147.970	155.328	191.682	2.133.922
41.01.05	Bürg. Engagem., Selbsthilfe, Fam.-pol	2.033	1.952	1.978	1.833	2.150	1.997	2.086	21.625
41.01.06	Sonstiges HzE, SGB IX für Kinder	36.302	39.229	44.778	63.899	62.803	73.286	98.520	582.655
41.01.07	UVG	11.569	23.089	24.723	26.395	28.557	30.545	35.126	311.870
41.02.01	Eingliederungshilfe	104.170	106.811	112.337	111.595	118.423	118.878	123.754	2.033.303
41.02.02	Leistg. zur rechtl. Betreuung (bis 2017)								
41.02.03	Obdachlosenhilfe, später in 41.06.02								28.343
41.02.04	Förderung des bürgerschaftl. Engagement (bis 2011)								11.964
41.02.06	Zuwend. der offenen Behindertenhilfe	583	572	568	587	633	644	688	10.506
41.03.01	Asyl / Hilfen Geflüchtete	109.483	71.660	68.202	69.093	67.797	92.582	86.103	1.102.878
41.03.02	Hilfen f. Migrant:innen (bis 2015 Hilfen für Spätaussiedler)	412	359	361	328	273			12.612
41.03.03	Integration (bis 2017)								1.314
41.04.01	Präventive und offene Altenhilfe	3.138	3.237	2.907	2.770	3.094	3.286	3.342	62.322
41.04.02	Hilfen zur Pflege	41.393	40.434	43.827	50.771	58.129	50.849	55.392	940.654
41.04.03	LPG, Blindenhilfe	2.887	2.775	2.689	2.763	2.780	2.719	2.831	54.571
41.04.04	Investitionsförderung f. Einrichtungen (bis 2017)								
41.04.05	Sonstige Hilfen ältere Menschen								2.434
41.05.01	bis 2004 BSHG/HLU, ab 2016 4. Kapitel SGB XII	80.593	83.765	86.422	94.779	103.168	109.198	123.362	1.085.675
41.05.02	Bis 2004 Grundsicherungsgesetz, später BuT	15.082	14.858	15.933	15.258	15.066	16.283	18.986	249.754
41.05.03	GSIAE, 3. Kap. SGB XII. Ab 2016 nur noch letzteres	18.145	17.821	18.594	20.798	22.019	24.830	25.133	834.569
41.05.04	SGB II	251.284	216.977	221.599	229.216	228.926	240.329	256.584	4.083.941
41.06.01	Hilfen zur Gesundheit	10.384	10.200	9.275	7.783	10.132	10.404	12.201	289.451
41.06.02	Sonstige Hilfen	9.868	9.769	10.699	12.028	12.581	12.313	5.936	284.033
41.06.03	Sonstige Leistungen i.R.d. Sozialhilfe								
41.07.01	Leistungen f. Sucht- u. Drogenkranke (bis 2017)								13.045
41.07.02	Eingliederungshilfe psychisch Kranke	42.805	44.158	47.382	44.324	48.480	49.566	53.792	789.921
41.07.03	Forensik								
41.08.01	Hilfen zur Arbeit nach BSHG (Wegfall 2004)	2.669	3.386	3.350	3.202	3.314	3.068	3.167	74.037
41.08.02	Selbsthilfe /Beratung. v. Arbeitslosen (bis 2005)								603
41.09.01	Amt für Versorgung und Integration (AVIB) Stadt				120	105	63	54	342
41.20.01	Sozialleistungen Jugend Land								
41.20.02	Kinder- und Jugendförderung Land								
41.20.03	Bürg.Engagem.,Selbsthilfe,Fam.pol. Land								
41.21.01	Sozialleistungen Soziales Land								
41.21.02	Leistungen zur rechtlichen Betreuung Land								
41.21.03	Hilfen f. Migrant:innen/Sonst. Angelegenh. Flüchtlinge Land								
41.21.04	Investitionsförderung f. Einrichtungen Land								
41.22.01	Übergreifende Integration, Migrations- und Integrationsbeauftragte								
41.23.01	Sozialleistungen Gesundheit inkl. Forensik								
41.24.01	Amt für Versorgung und Integration Land								
41.90.01	Senatorische Angelegenheiten - Zentr.Dienste Stadt	2.264	1.924	1.815	1.535	1.621	1.813	1.931	30.962
41.90.02	Senatorische Angelegenheiten - Junge Menschen Stadt								2.172
41.90.03	Senatorische Angelegenheiten - Soziales Stadt	696	423	164	2.821	1.604	1.822	2.156	10.372
41.90.04	Amt für Soziale Dienste Stadt	15.086	14.046	19.213	15.397	15.655	18.509	19.796	395.799
41.90.05	Kommunale Aufgabenwahrnehmung Jobcenter Stadt		35.306	37.503	38.780	39.539	40.942	40.964	233.033
41.91.01	Senatorische Angelegenheiten - Zentr.Dienste Land								
41.91.02	Senatorische Angelegenheiten - Junge Menschen Land								
41.91.03	Senatorische Angelegenheiten - Soziales Land								
Gesamt		1.034.445	1.011.147	1.039.829	1.070.280	1.110.156	1.178.479	1.291.556	18.944.256
Zum Vorjahr		-1,0%	-2,3%	2,8%	2,9%	3,7%	6,2%	9,6%	
Zum Jahr 2003		58,1%	54,5%	58,9%	63,5%	69,6%	80,1%	97,4%	
Zahl der Einwohner:innen zum Stichtag 31.12.		568.006	569.352	567.559	566.573	563.290	569.396	569.396*	
Gesamtausgaben je Einwohner:in		1.821	1.776	1.832	1.889	1.971	2.070	2.268	

*Die Bevölkerungszahlen für das Jahr 2023 standen zum Zeitpunkt der Erstellung der Tabelle noch

Anlage 6: Einnahmen Stadtgemeinde Bremerhaven in Tsd. Euro nach Kapiteln*

Kapitel E Bremerh	Inhalt	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
6450	Amt für Jugend, Familie und Frauen	300	207	210	198	187	213	194	195	227
6451	Allgemeine Jugendhilfe	2.717	2.674	2.664	2.635	2.694	3.258	3.304	3.380	3.305
6457	Hilfen zur Erziehung	1.166	817	881	794	1.046	997	991	1.082	1.253
6470	Kinderförderung	3.483	3.505	3.734	4.842	5.365	5.491	7.011	8.188	11.922
6472	Kinderförderung in Schwerpunkteinrichtungen									
6473	Hortbetreuung in Schulen									
6480	Frauenförderung									
6560	Jugendförderung	494	443	304	313	303	281	353	440	405
6401	Sozialamt	340	508	1.391	1.470	1.122	1.191	1.194	1.215	1.333
6408	Sozialreferat									
6410	Leistungen nach dem SGB XII	3.375	1.607	1.561	990	399	273	198	202	231
6411	Grundsicherung	1.723	1.483	1.661	1.941	1.980	1.432	1.389	1.490	3.980
6412	Leistungen nach dem Grundsicherungsgesetz (2004 bis 2005) / Leistungen nach dem SGB	374	996							
6413	Sozialhilfe in und außerhalb von Einrichtungen	16.636	18.061	39.876	41.104					
6414	Psychiatriebudget - in und außerhalb von Einrichtungen	21.890	21.430							
6415	Einmalige Leistungen nach BSHG mit Grundsicherung		7							
6416	Sonstige Hilfen	4	6				69	70	77	74
6419	Einmalige Leistungen nach BSHG mit Grundsicherung (2004 bis 2007) / Flüchtlinge aus der Ukraine (ab 2022)									
6420	Leistungen für Asylbewerber	437	830	28	45	95	137	63	47	47
6421	Leistungen u.a. nach dem SGB XII, LPG, StGB und LAG					3.041	3.154	3.190	3.159	2.814
6422	Leistungen nach dem SGB XII, Eingliederungshilfe für GB					17.364	18.804	19.647	20.194	20.910
6423	Leistungen nach dem SGB XII, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Menschen					8.299	8.978	9.428	9.921	10.805
6424	Leistungen nach dem SGB XII, Hilfe zur Pflege					7.649	7.295	7.667	8.167	8.352
6425	Leistungen nach dem SGB XII, Hilfe zur Gesundheit					460	384	342	483	376
6426	Leistungen nach dem SGB XII, Blindenhilfe					221	214	211	197	169
6427	Leistungen nach dem SGB XII, übrige Leistungen					5.451	5.787	6.244	6.949	6.923
6428	Leistungen nach dem SGB IX, Eingliederungshilfe für GB									
6429	Leistungen nach dem SGB IX, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Menschen									
6430	Leistungen nach dem SGB IX, Eingliederungshilfe für Kinder									
6431	Seniorentreffpunkte	16	16	16	16	2	5	5	5	5
6440	Leistungen nach dem SGB II		12.179	13.267	14.015	12.017	10.805	9.399	15.085	15.405
6441	Leistungen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes									
Gesamt		52.956	64.769	65.593	68.365	67.694	68.769	70.901	80.476	88.537
Zum Vorjahr		-	22,3%	1,3%	4,2%	-1,0%	1,6%	3,1%	13,5%	10,0%
Zum Jahr 2004		0,0%	22,3%	23,9%	29,1%	27,8%	29,9%	33,9%	52,0%	67,2%
Zahl der Einwohner:innen zum Stichtag 31.12.		117.281	116.615	116.045	115.313	114.506	114.031	113.366	108.139	108.323
Gesamteinnahmen je Einwohner:in		452	555	565	593	591	603	625	744	817

*Für den Ausschussbereich 5 stehen erst ab 2004 Daten zur Verfügung, daher wurde auf die Darstellung des Jahres 2003 verzichtet.

**Die Bevölkerungszahlen für das Jahr 2023 standen zum Zeitpunkt der Erstellung der Tabelle noch nicht zur Verfügung, daher wurde für das Jahr 2023 die Einwohnerzahl des Jahres 2022 verwendet.

Anlage 6: Einnahmen Stadtgemeinde Bremerhaven in Tsd. Euro nach Kapiteln*

Kapitel E Bremerh	Inhalt	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
6450	Amt für Jugend, Familie und Frauen	354	438	446	399	437	409	475	364
6451	Allgemeine Jugendhilfe	3.251	3.417	3.324	4.702	4.477	8.060	6.702	7.310
6457	Hilfen zur Erziehung	1.206	1.731	1.921	2.050	1.601	1.540	1.713	2.919
6470	Kinderförderung	13.630	10.423	10.159	8.653	9.292	10.986	12.327	12.775
6472	Kinderförderung in Schwerpunkteinrichtungen			950	3.456	3.364	3.782	4.641	5.604
6473	Hortbetreuung in Schulen								
6480	Frauenförderung								1
6560	Jugendförderung	414	433	362	381	448	368	399	296
6401	Sozialamt	1.440	1.919	2.361	2.102	2.316	1.888	2.008	2.339
6408	Sozialreferat								
6410	Leistungen nach dem SGB XII	371	226	251	141	203	349	211	209
6411	Grundsicherung	7.940	16.640	17.248	16.724	16.918	14.623	17.754	19.426
6412	Leistungen nach dem Grundsicherungsgesetz (2004 bis 2005) / Leistungen nach dem SGB								47
6413	Sozialhilfe in und außerhalb von Einrichtungen								
6414	Psychiatriebudget - in und außerhalb von Einrichtungen								
6415	Einmalige Leistungen nach BSHG mit Grundsicherung								
6416	Sonstige Hilfen	75	70	92	89	89	79	76	90
6419	Einmalige Leistungen nach BSHG mit Grundsicherung (2004 bis 2007) / Flüchtlinge aus de								
6420	Leistungen für Asylbewerber	138	89	64	217	300	221	183	149
6421	Leistungen u.a. nach dem SGB XII, LPG, StGB und LAG	2.942	2.850	2.781	2.836	3.104	2.589	2.861	2.916
6422	Leistungen nach dem SGB XII, Eingliederungshilfe für GB	21.948	20.280	21.100	24.409	26.082	26.702	28.428	219
6423	Leistungen nach dem SGB XII, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Menschen	11.296	10.487	10.164	8.877	8.905	9.257	9.492	32
6424	Leistungen nach dem SGB XII, Hilfe zur Pflege	8.212	7.934	7.514	6.726	5.360	5.075	5.188	6.559
6425	Leistungen nach dem SGB XII, Hilfe zur Gesundheit	416	349	571	541	503	484	517	247
6426	Leistungen nach dem SGB XII, Blindenhilfe	159	149	149	170	192	201	215	172
6427	Leistungen nach dem SGB XII, übrige Leistungen	7.189	7.812	7.539	5.509	5.944	6.825	7.151	870
6428	Leistungen nach dem SGB IX, Eingliederungshilfe für GB								27.170
6429	Leistungen nach dem SGB IX, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Menschen								11.646
6430	Leistungen nach dem SGB IX, Eingliederungshilfe für Kinder								7.329
6431	Seniorentreffpunkte	5	4	16	5	5	5	4	4
6440	Leistungen nach dem SGB II	14.875	12.182	14.540	14.752	18.546	21.363	20.223	31.041
6441	Leistungen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes		1.547	2.296	2.214	1.885	4	3	5
Gesamt		95.861	98.982	103.848	104.955	109.970	114.811	120.571	139.738
Zum Vorjahr		8,3%	3,3%	4,9%	1,1%	4,8%	4,4%	5,0%	15,9%
Zum Jahr 2004		81,0%	86,9%	96,1%	98,2%	107,7%	116,8%	127,7%	163,9%
Zahl der Einwohner:innen zum Stichtag 31.12.		108.844	110.121	114.025	113.034	113.026	113.634	113.643	113.557
Gesamteinnahmen je Einwohner:in		881	899	911	929	973	1.010	1.061	1.231

*Für den Ausschussbereich 5 stehen erst ab 2004 Daten zur Verfügung, daher wurde auf die Darstellung des J

**Die Bevölkerungszahlen für das Jahr 2023 standen zum Zeitpunkt der Erstellung der Tabelle noch nicht zur

Anlage 6: Einnahmen Stadtgemeinde Bremerhaven in Tsd. Euro nach Kapiteln*

Kapitel E Bremerh	Inhalt	2021	2022	2023	Gesamt
6450	Amt für Jugend, Familie und Frauen	443	529	642	6.867
6451	Allgemeine Jugendhilfe	8.331	8.535	11.227	95.966
6457	Hilfen zur Erziehung	3.121	3.410	2.856	33.095
6470	Kinderförderung	17.284	20.862	21.040	200.972
6472	Kinderförderung in Schwerpunkteinrichtungen	6.056	5.194	5.958	39.006
6473	Hortbetreuung in Schulen	5		1	6
6480	Frauenförderung				2
6560	Jugendförderung	495	521	512	7.966
6401	Sozialamt	2.510	2.424	3.307	34.379
6408	Sozialreferat	114	41	299	454
6410	Leistungen nach dem SGB XII	305	160	202	11.465
6411	Grundsicherung	20.574	22.276	25.095	212.299
6412	Leistungen nach dem Grundsicherungsgesetz (2004 bis 2005) / Leistungen nach dem SGB	59	97	105	1.678
6413	Sozialhilfe in und außerhalb von Einrichtungen				115.678
6414	Psychiatriebudget - in und außerhalb von Einrichtungen				43.320
6415	Einmalige Leistungen nach BSHG mit Grundsicherung				7
6416	Sonstige Hilfen	141	45	93	1.239
6419	Einmalige Leistungen nach BSHG mit Grundsicherung (2004 bis 2007) / Flüchtlinge aus de		38	207	244
6420	Leistungen für Asylbewerber	138	108	293	3.628
6421	Leistungen u.a. nach dem SGB XII, LPG, StGB und LAG	3.099	3.065	3.516	47.919
6422	Leistungen nach dem SGB XII, Eingliederungshilfe für GB				266.089
6423	Leistungen nach dem SGB XII, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Menschen				115.940
6424	Leistungen nach dem SGB XII, Hilfe zur Pflege	7.147	5.925	7.838	112.606
6425	Leistungen nach dem SGB XII, Hilfe zur Gesundheit	151	129	103	6.058
6426	Leistungen nach dem SGB XII, Blindenhilfe	149	126	142	2.836
6427	Leistungen nach dem SGB XII, übrige Leistungen	835	1.124	963	83.115
6428	Leistungen nach dem SGB IX, Eingliederungshilfe für GB	27.421	27.307	28.499	110.397
6429	Leistungen nach dem SGB IX, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Menschen	11.419	11.107	11.687	45.860
6430	Leistungen nach dem SGB IX, Eingliederungshilfe für Kinder	8.228	11.165	12.554	39.276
6431	Seniorentreffpunkte	3	9	159	307
6440	Leistungen nach dem SGB II	32.378	32.743	36.736	351.553
6441	Leistungen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes	4	2	1	7.963
Gesamt		150.411	156.944	174.037	1.998.190
Zum Vorjahr		7,6%	4,3%	10,9%	
Zum Jahr 2004		184,0%	196,4%	228,6%	
Zahl der Einwohner:innen zum Stichtag 31.12.		113.173	115.468	115.468**	
Gesamteinnahmen je Einwohner:in		1.329	1.359	1.507	

*Für den Ausschussbereich 5 stehen erst ab 2004 Daten zur Verfügung, daher wurde auf die Darstellung des J

**Die Bevölkerungszahlen für das Jahr 2023 standen zum Zeitpunkt der Erstellung der Tabelle noch nicht zur

Anlage 7: Ausgaben Stadtgemeinde Bremerhaven in Tsd. Euro nach Kapiteln*

Kapitel A Bremerhaven	Inhalt	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
6450	Amt für Jugend, Familie und Frauen	5.480	5.562	5.565	5.925	5.969	6.435	6.334	6.519	6.625
6451	Allgemeine Jugendhilfe	3.076	3.085	3.147	2.985	3.055	3.557	3.459	3.545	3.414
6457	Hilfen zur Erziehung	15.246	15.940	16.456	16.219	19.773	21.115	24.083	22.536	24.247
6470	Kinderförderung	14.432	14.388	14.180	14.769	15.776	16.888	18.679	24.426	27.680
6472	Kinderförderung in Schwerpunkteinrichtungen									
6473	Hortbetreuung in Schulen									
6480	Frauenförderung					113	96	101	110	93
6560	Jugendförderung	2.496	2.432	2.227	2.156	2.110	2.128	2.138	2.365	2.372
6401	Sozialamt	5.716	3.970	4.747	4.591	4.607	4.714	4.886	5.200	5.503
6408	Sozialreferat									
6410	Leistungen nach dem SGB XII	44.931	10.807	10.941	10.861	4.006	4.417	3.658	3.899	3.840
6411	Grundsicherung	5.029	7.244	8.564	9.530	8.981	8.417	8.475	9.281	9.965
6412	Leistungen nach dem Grundsicherungsgesetz (2004 bis 2005) / Leistungen nach	374	996							
6413	Sozialhilfe in und außerhalb von Einrichtungen	16.636	18.061	39.876	41.132					
6414	Psychriatriebudget - in und außerhalb von Einrichtungen	23.974	23.440							
6415	Einmalige Leistungen nach BSHG mit Grundsicherung	6	7							
6416	Sonstige Hilfen	22	38	17	8	33	87	88	104	90
6419	Einmalige Leistungen nach BSHG mit Grundsicherung (2004 bis 2007) / Flüchtlin	241	57	6	1					
6420	Leistungen für Asylbewerber	4.149	4.253	3.909	4.165	2.759	2.691	2.372	2.663	2.976
6421	Leistungen u.a. nach dem SGB XII, LPG, StGB und LAG					3.041	3.154	3.190	3.159	2.814
6422	Leistungen nach dem SGB XII, Eingliederungshilfe für GB					20.647	22.872	23.972	24.311	25.014
6423	Leistungen nach dem SGB XII, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Menschen					9.868	10.830	11.331	11.934	12.918
6424	Leistungen nach dem SGB XII, Hilfe zur Pflege					9.131	8.906	9.356	9.960	10.156
6425	Leistungen nach dem SGB XII, Hilfe zur Gesundheit					555	471	420	592	457
6426	Leistungen nach dem SGB XII, Blindenhilfe					267	262	259	242	207
6427	Leistungen nach dem SGB XII, übrige Leistungen					6.559	7.068	7.626	8.490	8.460
6428	Leistungen nach dem SGB IX, Eingliederungshilfe für GB									
6429	Leistungen nach dem SGB IX, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Menschen									
6430	Leistungen nach dem SGB IX, Eingliederungshilfe für Kinder									
6431	Seniorentreffpunkte	175	181	144	133	102	128	80	115	110
6440	Leistungen nach dem SGB II		44.186	48.028	46.539	43.826	43.695	42.295	44.104	44.531
6441	Leistungen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes								937	1.610
Gesamt		141.981	154.647	157.809	159.012	161.177	167.931	172.802	184.491	193.083
Zum Vorjahr		-	8,9%	2,0%	0,8%	1,4%	4,2%	2,9%	6,8%	4,7%
Zum Jahr 2004		0,0%	8,9%	11,1%	12,0%	13,5%	18,3%	21,7%	29,9%	36,0%
Zahl der Einwohner:innen zum Stichtag 31.12.		117.281	116.615	116.045	115.313	114.506	114.031	113.366	108.139	108.323
Gesamtausgaben je Einwohner:in		1.211	1.326	1.360	1.379	1.408	1.473	1.524	1.706	1.782

*Für den Ausschussbereich 5 stehen erst ab dem Jahr 2004 Daten zur Verfügung, daher wurde auf die Darstellung des Jahres 2003 verzichtet.

**Die Bevölkerungszahlen für das Jahr 2023 standen zum Zeitpunkt der Erstellung der Tabelle noch nicht zur Verfügung, daher wurde für das Jahr 2023 die Einwohnerzahl des Jahres 2022 verwendet.

Anlage 7: Ausgaben Stadtgemeinde Bremerhaven in Tsd. Euro nach Kapiteln*

Kapitel A Bremerhaven	Inhalt	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
6450	Amt für Jugend, Familie und Frauen	7.248	7.662	7.772	8.095	8.150	8.708	8.818	8.979
6451	Allgemeine Jugendhilfe	3.349	3.390	5.312	4.922	5.302	7.572	7.698	8.455
6457	Hilfen zur Erziehung	26.508	30.251	28.869	30.538	30.763	32.000	32.713	34.310
6470	Kinderförderung	30.617	28.004	28.749	30.497	31.841	35.208	40.865	46.222
6472	Kinderförderung in Schwerpunkteinrichtungen			1.165	4.096	4.026	4.476	5.347	6.397
6473	Hortbetreuung in Schulen							710	356
6480	Frauenförderung	84	97	86	87	91	90	96	81
6560	Jugendförderung	2.486	2.579	2.565	2.547	2.568	2.521	2.559	2.612
6401	Sozialamt	5.554	5.857	6.080	5.275	5.175	5.229	5.501	5.598
6408	Sozialreferat								166
6410	Leistungen nach dem SGB XII	3.683	4.408	3.837	3.624	3.829	4.166	3.984	4.151
6411	Grundsicherung	10.585	16.736	17.151	16.706	16.908	17.446	17.901	19.602
6412	Leistungen nach dem Grundsicherungsgesetz (2004 bis 2005) / Leistungen nach								1.099
6413	Sozialhilfe in und außerhalb von Einrichtungen								
6414	Psychiatriebudget - in und außerhalb von Einrichtungen								
6415	Einmalige Leistungen nach BSHG mit Grundsicherung								
6416	Sonstige Hilfen	93	107	112	104	128	101	104	119
6419	Einmalige Leistungen nach BSHG mit Grundsicherung (2004 bis 2007) / Flüchtlin								
6420	Leistungen für Asylbewerber	3.437	4.972	8.942	15.669	8.653	7.567	8.784	8.907
6421	Leistungen u.a. nach dem SGB XII, LPG, StGB und LAG	2.942	2.850	2.781	2.836	3.104	2.589	2.861	2.916
6422	Leistungen nach dem SGB XII, Eingliederungshilfe für GB	26.171	24.408	25.387	25.919	27.790	28.558	30.677	4.941
6423	Leistungen nach dem SGB XII, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Mensc	13.467	12.639	12.226	12.563	12.495	12.956	13.230	2.082
6424	Leistungen nach dem SGB XII, Hilfe zur Pflege	9.986	9.648	9.131	9.334	7.334	7.003	7.217	7.663
6425	Leistungen nach dem SGB XII, Hilfe zur Gesundheit	511	428	700	575	533	514	549	290
6426	Leistungen nach dem SGB XII, Blindenhilfe	196	183	182	170	194	205	222	202
6427	Leistungen nach dem SGB XII, übrige Leistungen	8.429	9.202	8.849	7.006	7.485	8.542	8.955	2.652
6428	Leistungen nach dem SGB IX, Eingliederungshilfe für GB								27.081
6429	Leistungen nach dem SGB IX, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Mensc								11.571
6430	Leistungen nach dem SGB IX, Eingliederungshilfe für Kinder								6.924
6431	Seniorentreffpunkte	113	105	190	175	144	177	183	304
6440	Leistungen nach dem SGB II	45.179	46.778	49.777	49.273	49.576	48.245	47.004	47.589
6441	Leistungen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes	1.998	2.381	2.301	1.896	1.803	2.010	2.108	1.861
Gesamt		202.634	212.685	222.166	231.908	227.893	235.882	248.087	263.130
Zum Vorjahr		4,9%	5,0%	4,5%	4,4%	-1,7%	3,5%	5,2%	6,1%
Zum Jahr 2004		42,7%	49,8%	56,5%	63,3%	60,5%	66,1%	74,7%	85,3%
Zahl der Einwohner:innen zum Stichtag 31.12.		108.844	110.121	114.025	113.034	113.026	113.634	113.643	113.557
Gesamtausgaben je Einwohner:in		1.862	1.931	1.948	2.052	2.016	2.076	2.183	2.317

*Für den Ausschussbereich 5 stehen erst ab dem Jahr 2004 Daten zur Verfügung, daher wurde auf die Dar:

**Die Bevölkerungszahlen für das Jahr 2023 standen zum Zeitpunkt der Erstellung der Tabelle noch nicht

Anlage 7: Ausgaben Stadtgemeinde Bremerhaven in Tsd. Euro nach Kapiteln*					
Kapitel A Bremerhaven	Inhalt	2021	2022	2023	Gesamt
6450	Amt für Jugend, Familie und Frauen	9.508	9.739	10.655	149.749
6451	Allgemeine Jugendhilfe	9.425	9.633	12.779	107.160
6457	Hilfen zur Erziehung	35.737	39.346	48.420	545.070
6470	Kinderförderung	49.568	56.674	62.751	602.216
6472	Kinderförderung in Schwerpunkteinrichtungen	6.877	5.547	6.788	44.719
6473	Hortbetreuung in Schulen	324	422	444	2.256
6480	Frauenförderung	92	75	77	1.469
6560	Jugendförderung	2.785	2.855	2.947	49.446
6401	Sozialamt	5.692	5.673	6.628	106.196
6408	Sozialreferat	306	650	1.015	2.136
6410	Leistungen nach dem SGB XII	4.718	4.816	6.057	144.631
6411	Grundsicherung	21.043	22.305	25.501	277.368
6412	Leistungen nach dem Grundsicherungsgesetz (2004 bis 2005) / Leistungen nach	1.299	1.155	1.250	6.173
6413	Sozialhilfe in und außerhalb von Einrichtungen				115.706
6414	Psychriatriebudget - in und außerhalb von Einrichtungen				47.414
6415	Einmalige Leistungen nach BSHG mit Grundsicherung				14
6416	Sonstige Hilfen	183	127	121	1.785
6419	Einmalige Leistungen nach BSHG mit Grundsicherung (2004 bis 2007) / Flüchtlin		6.725	1.694	8.723
6420	Leistungen für Asylbewerber	8.880	9.147	9.731	124.623
6421	Leistungen u.a. nach dem SGB XII, LPG, StGB und LAG	3.099	3.062	3.516	47.917
6422	Leistungen nach dem SGB XII, Eingliederungshilfe für GB				310.666
6423	Leistungen nach dem SGB XII, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Mensc				148.540
6424	Leistungen nach dem SGB XII, Hilfe zur Pflege	8.340	6.969	9.216	139.348
6425	Leistungen nach dem SGB XII, Hilfe zur Gesundheit	177	153	122	7.048
6426	Leistungen nach dem SGB XII, Blindenhilfe	174	149	158	3.273
6427	Leistungen nach dem SGB XII, übrige Leistungen	966	965	1.117	102.373
6428	Leistungen nach dem SGB IX, Eingliederungshilfe für GB	31.781	32.152	33.542	124.556
6429	Leistungen nach dem SGB IX, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Mensc	13.328	13.091	13.758	51.749
6430	Leistungen nach dem SGB IX, Eingliederungshilfe für Kinder	9.593	13.460	14.722	44.700
6431	Seniorentreffpunkte	380	559	799	4.298
6440	Leistungen nach dem SGB II	49.650	53.040	59.626	902.939
6441	Leistungen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes	2.460	2.612	3.253	27.230
Gesamt		276.384	301.102	336.685	4.251.490
Zum Vorjahr		5,0%	8,9%	11,8%	
Zum Jahr 2004		94,7%	112,1%	137,1%	
Zahl der Einwohner:innen zum Stichtag 31.12.		113.173	115.468	115.468**	
Gesamtausgaben je Einwohner:in		2.442	2.608	2.916	

*Für den Ausschussbereich 5 stehen erst ab dem Jahr 2004 Daten zur Verfügung, daher wurde auf die Dar:

**Die Bevölkerungszahlen für das Jahr 2023 standen zum Zeitpunkt der Erstellung der Tabelle noch nicht

Anlage 8: Bundes- und Landesbeteiligungen Stadt Bremen in Tsd. Euro			
Hst.	Bezeichnung	Gruppierung	2003
0408.98419-0	An Hst. 3434/384 19-1 für die Kostenerstattung §89d UMA (Kosten ab 01.11.15 ohne §42a)	Landesbeteiligung an den Kosten der Jugendhilfe gem. § 89d SGB VIII	
0410.98418-0	An Hst. 3420/384 18-0 nach §6,2 BRAGBSHG und §103 bis 108 BSHG	Landesbeteiligung an den Kosten der Sozialhilfe gem. § 7 Brem. AG SGB XII	68.867
0410.98419-9	An Hst. 3418/384 17-3 nach § 6,2 BRAGBSHG und § 106 bis 108 SGB XI	Landesbeteiligung an den Kosten der Sozialhilfe gem. § 7 Brem. AG SGB XII	40.628
0410.98420-2	An Hst. 3420/384 20-2 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen	Landesbeteiligung an den Kosten der Sozialhilfe gem. § 7 Brem. AG SGB XII	
0410.98421-0	An Hst. 3420/384 21-0 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen	Landesbeteiligung an den Kosten der Sozialhilfe gem. § 7 Brem. AG SGB XII	
0410.98422-9	An Hst. 3418/384 22-0 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen	Landesbeteiligung an den Kosten der Sozialhilfe gem. § 7 Brem. AG SGB XII	
0410.98423-7	An Hst. 3418/384 23-8 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen	Landesbeteiligung an den Kosten der Sozialhilfe gem. § 7 Brem. AG SGB XII	
0410.98424-5	An Hst. 3418/384 24-6 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen	Landesbeteiligung an den Kosten der Sozialhilfe gem. § 7 Brem. AG SGB XII	
0410.98425-3	An Hst. 3418/384 25-4 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für weitere Leistungen	Landesbeteiligung an den Kosten der Sozialhilfe gem. § 7 Brem. AG SGB XII	
0410.98426-1	An Hst. 3418/384 26-2 Anteil des überörtl. Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen für	Landesbeteiligung an den Kosten der Sozialhilfe gem. § 7 Brem. AG SGB XII	
0410.98427-0	An Hst. 3418/384 27-0 Anteil des überörtl. Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen des	Landesbeteiligung an den Kosten der Sozialhilfe gem. § 7 Brem. AG SGB XII	
0408.98420-3	An Hst. 3408/384 20-5, Zuweisungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	Landesbeteiligung an den Kosten der Unterhaltsvorschussleistungen gem. § 8 UVG	7.859
diverse		Sonstige Landesbeteiligungen	3.534
0408.98435-1	An Hst. 3413/384 35-3 für Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB XII	Weiterleitung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Grundsicherung gem. § 46a SGB XII	8.698
0408.98436-0	An Fp. 3413/384 36 für Leistungen nach dem GSIG (Überörtlicher Träger)	Weiterleitung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Grundsicherung gem. § 46a SGB XII	758
0408.98410-6	An Hst. 3472/384 10-3, 3474/384 10-0 u. 12-7 Bundesanteil für Kosten der Unterkunft	Weiterleitung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft gem. § 46 SGB II	
Gesamt			130.345
Zum Vorjahr			-
Zum Jahr 2003			0,0%

Anlage 8: Bundes- und Landesbeteiligungen Stadt Bremen in Tsd. Euro

Hst.	Bezeichnung	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
0408.98419-0	An Hst. 3434/384 19-1 für die Kostenerstattung §89d UMA (Kosten ab 01.11.15 ohne §42a)								
0410.98418-0	An Hst. 3420/384 18-0 nach §6,2 BRAGBSHG und §103 bis 108 BSHG	76.455	72.686	72.847					
0410.98419-9	An Hst. 3418/384 17-3 nach § 6,2 BRAGBSHG und § 106 bis 108 SGB XI	41.002	39.725	41.930					
0410.98420-2	An Hst. 3420/384 20-2 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen				56.606	61.637	64.809	63.731	60.190
0410.98421-0	An Hst. 3420/384 21-0 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen				20.945	25.127	27.339	27.083	28.273
0410.98422-9	An Hst. 3418/384 22-0 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen				28.325	29.840	29.671	33.206	33.404
0410.98423-7	An Hst. 3418/384 23-8 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen				2.075	1.653	1.396	1.802	1.673
0410.98424-5	An Hst. 3418/384 24-6 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen				504	426	461	508	532
0410.98425-3	An Hst. 3418/384 25-4 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für weitere Leistungen				1.769	1.101	2.302	3.114	3.063
0410.98426-1	An Hst. 3418/384 26-2 Anteil des überörtl. Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen für				5.419	2.196	2.128	2.972	5.024
0410.98427-0	An Hst. 3418/384 27-0 Anteil des überörtl. Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungendes				999	2.535	890	1.776	1.824
0408.98420-3	An Hst. 3408/384 20-5, Zuweisungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	6.953	6.957	7.120	7.022	7.148	6.650	7.444	7.509
diverse		2.506	2.393	3.516	5.863	6.040	9.263	11.898	13.780
0408.98435-1	An Hst. 3413/384 35-3 für Leistungen der Grund-sicherung nach dem SGB XII	8.698	8.568	8.698	8.096	8.110	4.601	6.249	7.122
0408.98436-0	An Fp. 3413/384 36 für Leistungen nach dem GSIG (Überörtlicher Träger)								
0408.98410-6	An Hst. 3472/384 10-3, 3474/384 10-0 u. 12-7 Bundesanteil für Kosten der Unterkunft		44.661	47.126	49.515	45.362	41.410	39.288	61.225
Gesamt		135.615	174.990	181.237	187.137	191.175	190.920	199.071	223.619
Zum Vorjahr		4,0%	29,0%	3,6%	3,3%	2,2%	-0,1%	4,3%	12,3%
Zum Jahr 2003		4,0%	34,3%	39,0%	43,6%	46,7%	46,5%	52,7%	71,6%

Anlage 8: Bundes- und Landesbeteiligungen Stadt Bremen in Tsd. Euro

Hst.	Bezeichnung	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
0408.98419-0	An Hst. 3434/384 19-1 für die Kostenerstattung §89d UMA (Kosten ab 01.11.15 ohne §42a)					57.374	69.056	65.222	37.601
0410.98418-0	An Hst. 3420/384 18-0 nach §6,2 BRAGBSHG und §103 bis 108 BSHG								
0410.98419-9	An Hst. 3418/384 17-3 nach § 6,2 BRAGBSHG und § 106 bis 108 SGB XI								
0410.98420-2	An Hst. 3420/384 20-2 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen	69.415	61.901	67.325	68.847	84.524	89.381	90.590	94.569
0410.98421-0	An Hst. 3420/384 21-0 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen	26.775	28.014	28.574	29.257	24.508	26.125	26.517	29.095
0410.98422-9	An Hst. 3418/384 22-0 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen	34.170	33.661	33.122	32.818	27.483	23.659	23.555	25.479
0410.98423-7	An Hst. 3418/384 23-8 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen	1.490	1.726	1.693	1.522	2.254	1.935	2.052	1.735
0410.98424-5	An Hst. 3418/384 24-6 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen	530	54	535	468	615	703	703	656
0410.98425-3	An Hst. 3418/384 25-4 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für weitere Leistungen	3.095	2.919	2.719	2.755	2.458	2.698	2.869	3.065
0410.98426-1	An Hst. 3418/384 26-2 Anteil des überörtl. Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen für	6.047	6.902	7.908	7.388	4.694	5.589	7.443	9.353
0410.98427-0	An Hst. 3418/384 27-0 Anteil des überörtl. Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen des	1.742	1.517	1.518	1.375	1.370	1.814	1.624	1.563
0408.98420-3	An Hst. 3408/384 20-5, Zuweisungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	7.480	7.513	6.864	7.696	7.961	8.607	17.845	19.063
diverse		15.450	18.946	17.070	17.828	9.385	7.987	7.653	6.556
0408.98435-1	An Hst. 3413/384 35-3 für Leistungen der Grundversicherung nach dem SGB XII	22.844	46.146	65.717	70.213	74.239	79.780	68.418	84.117
0408.98436-0	An Fp. 3413/384 36 für Leistungen nach dem GSIG (Überörtlicher Träger)								
0408.98410-6	An Hst. 3472/384 10-3, 3474/384 10-0 u. 12-7 Bundesanteil für Kosten der Unterkunft	62.964	66.224	65.364	69.902	75.522	97.743	102.555	99.292
Gesamt		252.003	275.525	298.410	310.069	372.387	415.077	417.046	412.144
Zum Vorjahr		12,7%	9,3%	8,3%	3,9%	20,1%	11,5%	0,5%	-1,2%
Zum Jahr 2003		93,3%	111,4%	128,9%	137,9%	185,7%	218,4%	220,0%	216,2%

Anlage 8: Bundes- und Landesbeteiligungen Stadt Bremen in Tsd. Euro

Hst.	Bezeichnung	2020	2021	2022	2023	Gesamt
0408.98419-0	An Hst. 3434/384 19-1 für die Kostenerstattung §89d UMA (Kosten ab 01.11.15 ohne §42a)	27.030	25.597	36.236	53.243	371.358
0410.98418-0	An Hst. 3420/384 18-0 nach §6,2 BRAGBSHG und §103 bis 108 BSHG					290.856
0410.98419-9	An Hst. 3418/384 17-3 nach § 6,2 BRAGBSHG und § 106 bis 108 SGB XI					163.286
0410.98420-2	An Hst. 3420/384 20-2 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen	89.082	94.661	91.246	97.438	1.305.953
0410.98421-0	An Hst. 3420/384 21-0 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen	33.624	36.772	39.704	41.368	499.101
0410.98422-9	An Hst. 3418/384 22-0 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen	40.767	47.128	39.251	43.899	559.439
0410.98423-7	An Hst. 3418/384 23-8 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen	1.118	878	964	1.128	27.094
0410.98424-5	An Hst. 3418/384 24-6 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen	631	596	600	655	9.175
0410.98425-3	An Hst. 3418/384 25-4 Anteil des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für weitere Leistungen	3.871	4.047	2.714	1.937	46.496
0410.98426-1	An Hst. 3418/384 26-2 Anteil des überörtl. Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungen für	16.775	18.637	34.347	49.745	192.567
0410.98427-0	An Hst. 3418/384 27-0 Anteil des überörtl. Sozialhilfeträgers nach Brem AG SGB XII für Leistungendes	2.053	2.228	2.461	2.657	29.947
0408.98420-3	An Hst. 3408/384 20-5, Zuweisungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	20.268	21.748	24.855	26.800	241.362
diverse		9.036	8.414	9.800	11.025	197.947
0408.98435-1	An Hst. 3413/384 35-3 für Leistungen der Grund-sicherung nach dem SGB XII	91.811	99.376	105.917	119.129	996.545
0408.98436-0	An Fp. 3413/384 36 für Leistungen nach dem GSIG (Überörtlicher Träger)					758
0408.98410-6	An Hst. 3472/384 10-3, 3474/384 10-0 u. 12-7 Bundesanteil für Kosten der Unterkunft	162.010	155.726	147.099	167.044	1.600.031
Gesamt		498.076	515.808	535.193	616.068	6.531.914
Zum Vorjahr		20,9%	3,6%	3,8%	15,1%	
Zum Jahr 2003		282,1%	295,7%	310,6%	372,6%	

Anlage 9: Bundes- und Landesbeteiligungen Stadt Brhvn in Tsd. Euro

Hst.	Bezeichnung	Gruppierung	2003	2004	2005
0408.98511-0	An Hst. 6451/385 04, Kostenerstattung § 89dErziehungshilfe UMA (Neu	Landesbeteiligung an den Kosten der Jugendhilfe gem. § 89d SGB VIII			
0410.98550-0	An Hst. 6428/385 01, Anteil des überörtlichen So-zialhilfeträgers nach B	Landesbeteiligung an den Kosten der Sozialhilfe gem. § 7 Brem. AG SGB XII			
0410.98551-9	An Hst. 6429/385 01, Anteil des überörtlichen So-zialhilfeträgers nach B	Landesbeteiligung an den Kosten der Sozialhilfe gem. § 7 Brem. AG SGB XII			
0410.98552-7	An Hst. 6424/385 01, Anteil des überörtlichen So-zialhilfeträgers nach B	Landesbeteiligung an den Kosten der Sozialhilfe gem. § 7 Brem. AG SGB XII			
0410.98553-5	An Hst. 6425/385 01, Anteil des überörtlichen So-zialhilfeträgers nach B	Landesbeteiligung an den Kosten der Sozialhilfe gem. § 7 Brem. AG SGB XII			
0410.98554-3	An Hst. 6426/385 01, Anteil des überörtlichen So-zialhilfeträgers nach B	Landesbeteiligung an den Kosten der Sozialhilfe gem. § 7 Brem. AG SGB XII			
0410.98555-1	An Hst. 6427/385 01, Anteil des überörtlichen So-zialhilfeträgers nach B	Landesbeteiligung an den Kosten der Sozialhilfe gem. § 7 Brem. AG SGB XII			
0410.98556-0	An Hst. 6430/385 03, Anteil des überörtl. Sozial-hilfeträgers nach BremA	Landesbeteiligung an den Kosten der Sozialhilfe gem. § 7 Brem. AG SGB XII			
0410.98557-8	An Hst. 6427/385 04, Anteil des überörtl. Sozial-hilfeträgers nach BremA	Landesbeteiligung an den Kosten der Sozialhilfe gem. § 7 Brem. AG SGB XII			
0410.98558-6	An Hst. 6472/385 02, Anteil d.überörtl.Sozialhilfeträgers n.Brem.AG SGB	Landesbeteiligung an den Kosten der Sozialhilfe gem. § 7 Brem. AG SGB XII			
0408.98520-0	An Hst. 6451/385 01, Zuweisungen nach demUnterhaltsvorschussgesetz	Landesbeteiligung an den Kosten der Unterhaltsvorschussleistungen gem. § 8 UVG	2.144	2.274	2.323
diverse		Sonstige Landesbeteiligungen	34.453	36.116	38.448
0408.98538-2	An Hst. 6411/385 01 u. a., Erstattung d.anteiligenBundesanteils der Gru	Weiterleitung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Grundsicherung gem. § 46a SGB			1.200
0408.98510-2	An Hst. 6440/385 10, Bundesanteil fürKosten der Unterkunft	Weiterleitung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft gem. § 46 SGB II			12.152
Gesamt			36.597	38.390	54.123
Zum Vorjahr			-	4,9%	41,0%
Zum Jahr 2003			0,0%	4,9%	47,9%

Anlage 9: Bundes- und Landesbeteiligungen Stadt Brhvn in Tsd. Euro

Hst.	Bezeichnung	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
0408.98511-0	An Hst. 6451/385 04, Kostenerstattung § 89dErziehungshilfe UMA (Neu										
0410.98550-0	An Hst. 6428/385 01, Anteil des überörtlichen So-zialhilfeträgers nach B		14.073	15.880	17.146	17.572	18.528	18.305	18.513	18.413	18.923
0410.98551-9	An Hst. 6429/385 01, Anteil des überörtlichen So-zialhilfeträgers nach B		6.514	7.000	8.174	7.978	8.888	9.427	9.368	9.599	9.100
0410.98552-7	An Hst. 6424/385 01, Anteil des überörtlichen So-zialhilfeträgers nach B		6.655	7.169	7.008	7.446	7.696	7.755	7.405	7.563	7.144
0410.98553-5	An Hst. 6425/385 01, Anteil des überörtlichen So-zialhilfeträgers nach B		539	459	499	426	483	440	416	349	571
0410.98554-3	An Hst. 6426/385 01, Anteil des überörtlichen So-zialhilfeträgers nach B		211	221	214	234	228	200	159	149	149
0410.98555-1	An Hst. 6427/385 01, Anteil des überörtlichen So-zialhilfeträgers nach B		45	87	90	198	192	144	146	183	431
0410.98556-0	An Hst. 6430/385 03, Anteil des überörtl. Sozial-hilfeträgers nach BremA		3.835	4.599	4.950	5.390	5.395	5.649	6.235	6.715	6.452
0410.98557-8	An Hst. 6427/385 04, Anteil des überörtl. Sozial-hilfeträgers nach BremA		633	675	628	581	688	627	370	520	472
0410.98558-6	An Hst. 6472/385 02, Anteil d.überörtl.Sozialhilfeträgers n.Brem.AG SGE										950
0408.98520-0	An Hst. 6451/385 01, Zuweisungen nach demUnterhaltsvorschussgesetz	2.328	2.276	2.248	2.110	2.435	2.500	2.422	2.344	2.332	2.301
diverse		37.807	7.558	5.840	5.893	6.541	7.615	10.946	12.161	8.568	8.116
0408.98538-2	An Hst. 6411/385 01 u. a., Erstattung d.anteiligenBundesanteils der Gru	1.474	1.802	1.788	1.119	1.678	1.867	5.700	11.405	16.479	16.587
0408.98510-2	An Hst. 6440/385 10, Bundesanteil fürKosten der Unterkunft	13.274	14.004	11.832	10.736	9.305	14.754	14.711	14.159	13.694	16.998
Gesamt		54.882	58.146	57.799	58.567	59.784	68.834	76.324	82.683	84.564	88.193
Zum Vorjahr		1,4%	5,9%	-0,6%	1,3%	2,1%	15,1%	10,9%	8,3%	2,3%	4,3%
Zum Jahr 2003		50,0%	58,9%	57,9%	60,0%	63,4%	88,1%	108,6%	125,9%	131,1%	141,0%

Anlage 9: Bundes- und Landesbeteiligungen Stadt Brhvn in Tsd. Euro

Hst.	Bezeichnung	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	Gesamt
0408.98511-0	An Hst. 6451/385 04, Kostenerstattung § 89dErziehungshilfe UMA (Neu	23	627	1.625	350	265	596	370	796	4.653
0410.98550-0	An Hst. 6428/385 01, Anteil des überörtlichen So-zialhilfeträgers nach B	22.258	23.175	23.693	25.494	26.272	26.546	26.413	27.492	358.698
0410.98551-9	An Hst. 6429/385 01, Anteil des überörtlichen So-zialhilfeträgers nach B	8.052	7.617	8.114	8.285	11.189	11.073	10.818	11.290	152.488
0410.98552-7	An Hst. 6424/385 01, Anteil des überörtlichen So-zialhilfeträgers nach B	6.428	4.783	4.670	4.917	6.255	6.926	5.690	7.510	113.019
0410.98553-5	An Hst. 6425/385 01, Anteil des überörtlichen So-zialhilfeträgers nach B	541	491	473	517	247	151	129	101	6.834
0410.98554-3	An Hst. 6426/385 01, Anteil des überörtlichen So-zialhilfeträgers nach B	170	192	201	215	172	149	126	86	3.076
0410.98555-1	An Hst. 6427/385 01, Anteil des überörtlichen So-zialhilfeträgers nach B	36	34	77	41		37		1	1.744
0410.98556-0	An Hst. 6430/385 03, Anteil des überörtl. Sozial-hilfeträgers nach BremA	5.058	5.527	6.284	6.564	7.148	7.923	10.915	11.817	110.457
0410.98557-8	An Hst. 6427/385 04, Anteil des überörtl. Sozial-hilfeträgers nach BremA	226	218	213	238	657	721	733	836	9.038
0410.98558-6	An Hst. 6472/385 02, Anteil d.überörtl.Sozialhilfeträgers n.Brem.AG SGE	3.248	3.240	3.632	4.168	4.470	4.645	3.384	5.677	33.415
0408.98520-0	An Hst. 6451/385 01, Zuweisungen nach demUnterhaltsvorschussgesetz	2.249	2.875	5.590	5.518	6.121	6.804	6.954	7.602	73.748
diverse		4.907	5.188	4.886	5.280	6.136	6.449	17.142	8.845	278.894
0408.98538-2	An Hst. 6411/385 01 u. a., Erstattung d.anteiligenBundesanteils der Gru	16.037	16.325	14.009	17.122	18.756	19.846	21.580	24.248	209.023
0408.98510-2	An Hst. 6440/385 10, Bundesanteil fürKosten der Unterkunft	16.736	20.201	20.601	19.487	30.337	31.097	32.014	36.010	352.100
Gesamt		85.971	90.494	94.069	98.195	118.025	122.964	136.268	142.314	1.707.188
Zum Vorjahr		-2,5%	5,3%	4,0%	4,4%	20,2%	4,2%	10,8%	4,4%	
Zum Jahr 2003		134,9%	147,3%	157,0%	168,3%	222,5%	236,0%	272,3%	288,9%	